

Senatsverwaltung für
Wissenschaft, Forschung und Kultur
H B
Tel.: 90228 577
(9228) 577

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

Vorlage
- zur Kenntnisnahme -

**über Umsetzung der Hochschulverträge: Leistungsberichte der Berliner
Hochschulen zum Jahr 2005 einschließlich Mittelbemessung (ohne Medizin)**

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur legt nachstehende Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

In den Hochschulverträgen vom 18. Juli 2001 haben sich die Hochschulen verpflichtet, dem Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur jeweils zum 30. April des Jahres einen Bericht über ihre Leistungen im zurückliegenden Jahr vorzulegen. Die Leistungsberichte sind dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis zu geben.

Diese Berichte sind vollständig bis Mitte Mai 2006 vorgelegt worden. Sie werden dem Abgeordnetenhaus hiermit zur Kenntnis gegeben. Den hochschulpolitischen Sprechern der Fraktionen geht gesondert je ein Satz der Berichte zu. Eine zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Ergebnisse ist beigefügt.

Berlin, den 12. Juli 2006

Dr. Thomas Flierl
Senator für Wissenschaft,
Forschung und Kultur

**Leistungsberichte der
Berliner Hochschulen zum Jahr 2005
einschließlich Mittelbemessung
(ohne Medizin)**

Zusammenfassende Auswertung

Die zusammenfassende Auswertung der Berichte der Vertragshochschulen betrifft folgende Bereiche:

1	Finanzstatus, Haushaltsrisiken, Personalentwicklung, Personalüberhang	2
2	Fachhochschulstrukturfonds.....	6
3	Künstlerische Hochschulen	7
4	Verbesserung der Wirtschaftlichkeit	9
5	Strukturplanung	12
6	Public Health	13
7	Grundarchitektur der Fortschreibung von Studienplätzen	14
8	Vernetzung in der Lehrerbildung innerhalb und zwischen den Hochschulen	19
9	Lehre	20
10	Forschung	28
11	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	34
12	Wissens- und Technologietransfer	37
13	Erfüllung des Gleichstellungsauftrages	40
14	Internationale Beziehungen / Internationalisierung der Hochschulen.....	44
15	Leistungen der Hochschulen im Blick von außen.....	47
16	Ergebnisse der Hochschulen im Rahmen der leistungsbezogenen Mittelbemessung.....	51
17	Bewertung der Leistungen durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	56
	Anlage - Statistischer Anhang für die Leistungsberichte über 2005	69

Vorbemerkung

Wie auch in den vergangenen Jahren haben die Hochschulen über den Stand der Umsetzung der Vertragspflichten des Jahres 2005 berichtet. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit wurde vor Erstellung des ersten Leistungsberichts mit den Hochschulen das Berichtsraster abgestimmt. Dieses hat sich bewährt und wurde beibehalten.

Die Leistungsberichte beruhen auf den Daten des Jahres 2005 und geben damit eine zeitnahe Berichterstattung.

1 Finanzstatus, Haushaltsrisiken, Personalentwicklung, Personalüberhang

Alle Hochschulen haben das Haushaltsjahr 2005 mit einem ausgeglichenen Haushalt abgeschlossen. Der plafondabsenkende Konsolidierungsbeitrag der Universitäten und Fachhochschulen sowie die zweite Rate des einmaligen Konsolidierungsbeitrages der Freien Universität, Technischen Universität und Humboldt-Universität gemäß Änderungs- und Ergänzungsvertrag für das Haushaltsjahr 2005 wurden umgesetzt. Die Universität der Künste hat in den Jahren 2003 bis 2005 das Haushaltsdefizit der vergangenen Jahre in Höhe von 5 Mio € abgebaut. Die drei Kunsthochschulen haben im zweiten Jahr ihres vertraglichen Globalzuschusses ebenfalls ihre Einsparsummen erbracht.

Eine wesentliche Grundlage für den ausgeglichenen Haushaltsabschluss bildet insbesondere bei den drei Universitäten eine restriktive Steuerung der Stellenbewirtschaftung. Auf Grund des hohen Anteils der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Hochschulen ist sie für die Erfüllung der Einsparungen von zentraler Bedeutung, wie die nachfolgende Tabelle für die drei Universitäten verdeutlicht:

Umsetzung Strukturplan 2005*		Wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)				Nichtwissenschaftliches Personal	
		gesamt	(Strukturplan = 100%)	davon Professoren (ohne Juniorprofs)	(Strukturplan = 100%)	gesamt	(Strukturplan = 100%)
Unis	Stellen lt. Strukturplan	4.042	100%	1.060	100%	4.640	100%
	strukturplanmäßig besetzte Stellen	3.167	78%	855	81%	4.306	93%
	Beschäftigte in 2005	3.720	92%	967	91%	5.005	108%
FU	Stellen lt. Strukturplan	1.442	100%	407	100%	1.681	100%
	strukturplanmäßig besetzte Stellen	1.207	84%	344	85%	1.556	93%
	Beschäftigte in 2005	1.316	91%	368	90%	1.866	111%
HU	Stellen lt. Strukturplan**	1.115	100%	318	100%	1.235	100%
	strukturplanmäßig besetzte Stellen	862	77%	281	88%	1.135	92%
	Beschäftigte in 2005	1.217	109%	317	100%	1.476	120%
TU	Stellen lt. Strukturplan	1.485	100%	335	100%	1.725	100%
	strukturplanmäßig besetzte Stellen	1.098	74%	230	69%	1.615	94%
	Beschäftigte in 2005	1.187	80%	282	84%	1.663	96%

* Angaben für 2005 z.T. vorläufig, Rundungsdifferenzen möglich

** Im Gegensatz zu FU und TU beziehen sich die Angaben der HU auf 2009.

Der Anteil der strukturplangemäß besetzten Stellen beträgt an den drei Universitäten zusammen beim wissenschaftlichen Personal 78 % (Professuren 81 %) und beim nichtwissenschaftlichen Personal 93 %. Die Relation ist im Vergleich zum Vorjahr beim wissenschaftlichen Personal nahezu unverändert (77 % wissenschaftliches Personal gesamt; 81 % Professuren) und beim nichtwissenschaftlichen Personal verbessert (87 %). Die Nichtbesetzung von Soll-Stellen ist erforderlich um den Personalüberhang zu finanzieren.

Auch der Anteil der Beschäftigten (einschließlich Überhang) bei den drei Universitäten liegt beim wissenschaftlichen Personal unter den laut Strukturplan 1998 vorgesehenen Soll-Stellen (wissenschaftliches Personal gesamt 92 %; Professuren 91 %). Beim nichtwissenschaftlichen Personal liegt der Anteil der Beschäftigten wegen der nach wie vor hohen Personalüberhänge an der Freien Universität (111 %) und der Humboldt-Universität (120 %) bei durchschnittlich 108 % der Zielzahl der Strukturplanung. Damit bewegen sich die Personalausgaben insgesamt im Rahmen des hier-

für vorgesehenen Anteils des konsumtiven Zuschusses. Nach wie vor erfolgt jedoch die Finanzierung des Überhangs beim sonstigen Personal zu Lasten der strukturellen Besetzung des Soll-Planes beim wissenschaftlichen Personal.

Die Personalentwicklung seit dem Jahr 2000 an allen Hochschulen ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Der Rückgang der Beschäftigtenzahlen in den Universitäten hat im Berichtsjahr weiter leicht zugenommen.

Entwicklung des beschäftigten Hochschulpersonals (in BVZÄ)*		Wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)				Nichtwissenschaftliches Personal	
		gesamt	(2000 = 100%)	davon Professoren (ohne Juniorprofs)	(2000 = 100%)	gesamt	(2000 = 100%)
Unis	2005*	3.720	91%	967	85%	5.005	89%
	2004	3.796	93%	1.003	88%	5.140	91%
	2003	3.903	96%	1.035	91%	5.326	94%
	2002	3.938	96%	1.088	95%	5.443	96%
	2001	3.951	97%	1.101	96%	5.557	98%
	2000	4.082	100%	1.142	100%	5.647	100%
FHS**	2005*	670	105%	619	109%	750	111%
	2004	719	113%	658	116%	736	109%
	2003	673	106%	607	107%	705	104%
	2002	674	106%	600	106%	718	106%
	2001	631	99%	562	99%	670	99%
	2000	638	100%	568	100%	676	100%
KHS	2005*	476	88%	280	88%	342	93%
	2004	479	89%	281	88%	339	92%
	2003	492	91%	282	88%	339	92%
	2002	508	94%	296	93%	335	91%
	2001	501	93%	305	96%	348	94%
	2000	540	100%	319	100%	369	100%

* Beschäftigtenvollzeitäquivalenten, Angaben für 2005 z.T. vorläufig

** Einbezug BA ab 2004 und FHVR mit Werten ab 2002 im Berichtssystem berücksichtigt.

Die Universitäten unternehmen weiterhin große Anstrengungen zum Abbau ihres Personalüberhangs, wie z.B. Qualifizierungsmaßnahmen, Umsetzung auf Soll-Stellen, Anpassungen der Prämienregelungen für vorzeitiges Ausscheiden und die Budgetierung der Personalausgaben. An der Freien Universität konnte im Berichts-

zeitraum der Personalüberhang um 33 Beschäftigte abgebaut werden. Mit der Umsetzung des Strukturplans 2004 im Nachtragshaushalt 2006 wurden jedoch 419 Beschäftigte neu in das Personalüberhangkapitel verlegt, was zu einem Anstieg der dort ausgewiesenen Beschäftigten von rund 300 auf 718 geführt hat. Auch an der Technischen Universität konnte der Personalüberhang im Berichtsjahr um 45 Beschäftigte reduziert werden. In Folge der begonnen Umsetzung der neuen Strukturplanung ist der Personalüberhang von 105 Beschäftigten in 2004 auf 192, darunter 65 Professuren, angestiegen. Da an der Technischen Universität der größere Anteil der Umsetzung des Strukturplanes noch aussteht, ist mit einem weiteren erheblichen Anstieg dieser Zahl zu rechnen. Der Personalüberhang an der Humboldt-Universität beträgt in Folge der fast vollständigen Umsetzung des neuen Strukturplanes zum 31.12.2005 insgesamt 546 Personen, darunter 36 Professuren und 98 befristete wissenschaftliche Mitarbeiter. Die Universität der Künste hat ihren Personalüberhang von 61 Beschäftigten auf aktuell 46 reduziert. An den Fachhochschulen und den Künstlerischen Hochschulen gibt es keine bzw. nur minimale Personalüberhänge.

Auch im Bereich der Sachausgaben sind die Hochschulen bemüht, durch die Erschließung von Optimierungs- und Einsparpotentialen mit den reduzierten Ansätzen die Aufgaben zu erfüllen. Besonders hervorgehoben werden Maßnahmen des Flächenmanagements und Energiesparmaßnahmen. Dennoch bleibt die Situation angespannt. Insbesondere die Humboldt-Universität weist auf die andauernde Unterfinanzierung der Bauunterhaltung und der Literaturbeschaffung hin. Die Universitäten verweisen auf die große Bedeutung ihrer erfolgreichen Drittmittelwerbungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben.

Die Universitäten sehen ihr Haushaltsrisiko vor allem darin, ob es gelingt, den Personalüberhang in der Größenordnung der jährlichen Kürzungen bis 2009 abzubauen. Insbesondere die Freie Universität hebt die Sanierung der VBL als ein nicht mehr kalkulierbares Haushaltsrisiko sowie ihre Versorgungslasten hervor. Dies betrifft auch die Technische Universität. Als Haushaltsrisiken werden ferner die allgemeinen Preisentwicklungen insbesondere bei den Bewirtschaftungsausgaben aufgeführt.

2 Fachhochschulstrukturfonds

Dem Wissenschaftsausschuss wurde am 15. März 2006 der Bericht zum Stand und zur weiteren Vorgehensweise des Fachhochschul-Strukturfonds übersandt.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die ersten beiden Vergaberunden des Fachhochschul-Strukturfonds erfolgreich durchgeführt wurden. Insgesamt konnte so die Einrichtung von 25 neuen Studiengängen bewirkt werden. Zusätzlich konnte eine Absicherung von Kapazitäten der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, der Berufsakademie (Ausgleich der Einsparung zur Konsolidierung des Landeshaushalts) und der Stellen des zentralen Qualitätsmanagements der Fachhochschulen im Rahmen der Finanzierung des Fachhochschulstrukturfonds gewährleistet werden.

Dabei wurde eine Aufnahmekapazität von insgesamt rd. 1.100 geschaffen.

Förderung von FHS-Studiengängen im Rahmen des FHS-Strukturfonds (FHS-SF)	Expertenkommission			Umsetzungsstand der Empfehlungen			Aufnahmekapazität	Stand der Akkreditierung
	Zahl der Anträge*	Empfehlungen		Maßnahmen	davon			
		positiv	negativ		Studiengänge*	sonst. Maßn.**		
erste Vergaberunde (Gutachten: März 2003)	18	16	2	19	16	3	823	bereits erfolgt bzw.in der Schlussphase des Verfahrens
zweite Vergaberunde (Gutachten: August 2004)	25	21	4	9	9	-	305	bereits erfolgt bzw.in der Schlussphase des Verfahrens
GESAMT	43	37	6	28	25	3	rd. 1.100 (1.128)	bereits erfolgt bzw.in der Schlussphase des Verfahrens

* Facility Management B und M zählen jeweils als gemeinsamer Studiengang der FHTW/TFH

** Sicherung Kapazität der FHVR und BA sowie Sicherung Stellen des Qualitätsmanagements für alle FHS zentral an der TFH

Der Wegfall der Universitätsmedizin als Beitragszahler führte im Rahmen der Verträge 2006 bis 2009 zu einer vertraglichen Absenkung um jährlich 0,85 Mio. € (von 2,557 Mio. € auf 1,707 Mio. € pro Jahr). Dies machte eine finanztechnische Konsolidierung erforderlich. Um dem Rechnung zu tragen und auch um das Vergabeverfahren

ren zu optimieren, haben Gespräche mit den Fachhochschulen stattgefunden. Es bestand Einvernehmen über die Ziele des Fachhochschul-Strukturfonds:

- Das über 15 Jahre angelegte Programm wird zeitlich uneingeschränkt fortgeführt.
- Mit den vorhandenen Mitteln soll die größtmögliche Zahl von zusätzlichen Studienplätzen an den Fachhochschulen geschaffen werden.
- Die Administrierung des Programms soll sowohl, was die bisher bewilligten Anträge betrifft, vereinfacht als auch für neue Anträge auf ein einvernehmliches Preis-Modell umgestellt werden.

Zur Sicherstellung dieser Ziele wurden mit den Fachhochschulen einvernehmlich folgende Eckpunkte verabredet:

- Reduzierung der bisher bewilligten Bescheide der ersten beiden Vergaberunden ab 2006 um 10% für die Zukunft
- Einführung eines neuen Preis-Systems für neu zu bewilligende Studiengänge im Rahmen des Fachhochschul-Strukturfonds

3 Künstlerische Hochschulen

Mit dem Haushaltsentlastungsgesetz 2002 wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass auch mit den drei künstlerischen Hochschulen Verträge geschlossen werden konnten. Seit 2004 sind sie nun in das Hochschul-Vertragssystem eingebunden und erhalten eigene Zuschüsse. Die durch die Verträge gewonnene Selbständigkeit und die Planungssicherheit werden einhellig als Erleichterung empfunden.

Im Vorjahresbericht wurde über die Kooperationen zwischen den künstlerischen Hochschulen berichtet, ferner über die diesbezüglichen Fortschritte bei der Bildung gemeinsamer hochschulübergreifender Zentren, die auf die Empfehlungen der Expertenkommission Kunsthochschulen zurückgehen. Einen großen Fortschritt erzielten die Universität der Künste und die Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ mit der Gründung des gemeinsamen Jazz-Instituts Berlin (JIB), das am 1. Juli 2005 eröffnet wurde. An dem Institut erhalten die Studierenden beider Hochschulen im Rahmen

einer neu strukturierten Musikausbildung Unterricht in den künstlerischen und theoretischen Fächern der Fachrichtung Jazz / Populärmusik und schließen ihr Studium mit dem akademischen Grad „Bachelor of Music (Jazz)“, „Bachelor of Music Education (Jazz)“ und dem „Master of Music (Jazz)“ ab. Von den beiden beteiligten Hochschulen werden 20 Studienanfängerplätze für Bachelor sowie fünf Studienanfängerplätze für Master vorgehalten. Das Institut wird nach den erforderlichen Umbauarbeiten im Einsteinufer 43 - 53 untergebracht werden und voraussichtlich zum Herbst 2006 dort einziehen. Durch die geplanten öffentlichen Konzerte wird das Jazz-Institut Berlin bald einen Ruf erlangen, der über die Grenzen Berlins hinaus Anziehungskraft entwickeln wird.

Die beiden anderen von der Expertenkommission empfohlenen hochschulübergreifenden Zentren im Bereich Gesang / Musiktheater und im Bereich der Weiterbildung befinden sich noch in der Planungsphase. Im Bereich Gesang / Musiktheater haben die Universität der Künste und die Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Konzept einer „Opernschule“ erarbeitet. Bislang ist vorgesehen, nach einem zehensemestriigen Diplomstudiengang Gesang/Musiktheater für besonders begabte Studierende einen viersemestriigen nicht konsekutiven, gebührenpflichtigen Masterstudiengang einzurichten. Das erste Studienjahr soll überwiegend in der Verantwortung der beiden Hochschulen durchgeführt werden, im zweiten Studienjahr kommen Praktika in den Opernhäusern hinzu, wobei auch entsprechende Institutionen des Landes Brandenburg miteinbezogen werden sollen.

Bei dem hochschulübergreifenden Zentrum für Weiterbildung ist noch nicht entschieden, ob es als gemeinsame GmbH der vier künstlerischen Hochschulen gegründet werden soll, oder ob ein Weiterbildungsinstitut an der Universität der Künste eingerichtet wird, an dem sich die drei anderen künstlerischen Hochschulen beteiligen.

Zusätzlich zu den Empfehlungen der Expertenkommission gibt es seit 2005 die konkrete Planung für ein hochschulübergreifendes Zentrum Tanz. Es werden sich die Universität der Künste, die Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ und die freie Tanzszene Berlins am Aufbau eines solchen Zentrums beteiligen. Die erforderlichen vertraglichen Vereinbarungen sind zwischen den Beteiligten geschlossen wor-

den. Das Tanzzentrum wird durch die Bundeskulturstiftung für vier Jahre finanziell gefördert.

Eine weitere - mittlerweile sehr intensiv betriebene - Zusammenarbeit der vier künstlerischen Hochschulen existiert auf dem Gebiet der Vorbereitung der Studierenden und Absolventen auf die Berufspraxis. Hier hat sich das an der Universität der Künste eingerichtete Career und Transfer Service Center (CTC) bewährt. Es ist das erste CTC an einer künstlerischen Hochschule in Deutschland und wurde mit EFRE-Mitteln geschaffen. Die drei anderen künstlerischen Hochschulen partizipieren aufgrund einer im Jahre 2003 geschlossenen Kooperationsvereinbarung an den Dienstleistungen des CTC.

Zunehmend mehr Arbeitgeber wenden sich an das CTC; einerseits um Praktika - aber auch Stellen - anzubieten, andererseits um Projekte bzw. einzelne Kurse nachzufragen. Der besondere Erfolg des CTC spiegelt sich auch darin wider, dass es im Rahmen des Businesswettbewerbs den Preis als „Ideenschmiede 2002“ errungen hat.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit der drei kleinen künstlerischen Hochschulen auf dem Gebiet der Verwaltung haben die von der HIS GmbH vorgeschlagenen gemeinsamen ServiceCentren „Personal“, „Haushalt“ und „Informationstechnik“ ihre Arbeit aufgenommen. Grundlage für die Zusammenarbeit bildet die zwischen den Hochschulen geschlossene Verwaltungsvereinbarung, die am 30. Juni 2005 in Kraft getreten ist. Der HIS-Empfehlung, auch ein ServiceCenter für Studienangelegenheiten einzurichten, sind die Hochschulen bislang nicht nachgekommen. Die Arbeit der ServiceCentren soll Ende 2007 evaluiert werden.

4 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Die maßgeblichen Vertragspflichten beziehen sich auf die Transparenz von Leistungen und Kosten, die Steuerungsfähigkeit des Hochschulbudgets sowie die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Hochschulen die in den Vorjahren eingeleiteten Bestrebungen für eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit fortgesetzt haben. Dabei besteht zunehmend der Eindruck, dass die Hochschulen diese Aufgabe nicht als einen einmalig zu tätigen Schritt, sondern als Daueraufgabe im Sinne eines kontinuierlichen Prozesses verstehen. Exemplarisch kann dies mit Hinweis auf die Auswertung und Weiterverfolgung der Ergebnisse des Projektes „Facility Management“ oder den geplanten Roll-Out der Kostenträgerrechnung für alle Bereiche bis 2009 (Freie Universität) belegt werden. Dieser grundsätzlich positiven Sicht steht nicht entgegen, dass der Personalüberhang der Universitäten (Ausnahme Universität der Künste) wieder angestiegen ist, was auf der weiteren Umsetzung der Strukturplanung beruht (siehe auch Kapitel 1 des Berichts).

4.1 Transparenz der Leistungen und der Kosten

Als maßgebliche Voraussetzung für die Transparenz des Hochschulgeschehens unter Wirtschaftlichkeitsaspekten haben die Universitäten ihre Erfassungs- und Verarbeitungssoftware in Richtung einer integrierten Systemlandschaft weiterentwickelt. Damit einher gingen die Weiterentwicklung des Kennzahlenprojektes und verschiedener Analyse-Anwendungen (vertiefte Stärken-Schwäche Analyse an der Freien Universität, Verknüpfung der LINF-Datenbank - Leistungserfassung in der Forschung - mit dem Bewertungsschema für die W-Besoldung an der Technischen Universität). Weiter gibt die Freie Universität an, für 2006 die Voraussetzungen geschaffen zu haben, neben der Kostenstellen- und Kostenartenrechnung auch die Kostenträgerrechnung einzuführen. Die Technische Universität hat die Voraussetzungen in 2005 dafür geschaffen, den Haushalt ab 2006 erstmals um eine Übersicht zur Kostenstellenrechnung zu ergänzen.

4.2 Steuerungsfähigkeit des Hochschulbudgets

Die Technische Universität hat in 2005 ihre Verwaltung wesentlich umstrukturiert und damit die Voraussetzungen für eine neue Verfassung geschaffen. Die Humboldt-Universität hat ihre bisherige Verfassung im Rahmen der Erprobungsklausel weiterentwickelt. Im Mittelpunkt der Darstellung der Freien Universität stehen die Weiterentwicklung der Titelverbünde sowie die Fortentwicklung des Modells der internen leistungsbezogenen Mittelverteilung. Auffällig ist, dass die Freie Universität bei der

Bewirtschaftung der Personalkosten auf eine Dezentralisierungsstrategie setzt (Übertragung der Mittelbaugelder an die Fachbereiche), während die Humboldt-Universität die zentrale Bewirtschaftung der Personalkosten bevorzugt. Die Technische Universität hat ihre Planung zur Dezentralisierung der Bewirtschaftung der Personalkosten aufgrund der Umsetzung der Strukturplanung und der damit verbundenen Personalüberhangprobleme zurückgestellt.

4.3 Maßnahmen der Wirtschaftlichkeit

Hinsichtlich der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit legen die Universitäten den Berichtsschwerpunkt auf das Facility-Management. Dies betrifft sowohl die Nutzung von Gebäuden und Flächen wie auch die Reinigung und die Versorgungskosten. So berichtet die Freie Universität exemplarisch, seit 2001 die Kosten für Gebäudereinigung um 45 Prozent und den Energieverbrauch um 14 Prozent gesenkt zu haben. Die Humboldt-Universität berichtet u.a. von einem von ihr entwickelten „Raumhandelsmodell“, welches ein Anreizsystem für einen sparsamen Flächengebrauch darstellt.

In folgenden Bereichen ist es 2005 zu einer engeren Kooperation gekommen: Die Technische Universität übernahm gegen Entgelt die Lohn- und Gehaltsabrechnung für die drei kleinen Kunsthochschulen sowie die Kassengeschäfte der Fachhochschule für Wirtschaft und der Universität der Künste. Die Humboldt-Universität hat eine Kooperationsvereinbarung im Facility Management mit der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ und der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ abgeschlossen. Die Freie Universität übernimmt wie auch schon früher Aufgaben der Personalstelle sowie Kommunikationsdienste für die Fachhochschule für Wirtschaft. Darüber hinaus haben die drei Kunsthochschulen und die Universität der Künste die Zusammenarbeit in den Bereichen Career-Center (siehe Kapitel 3) vereinbart; des weiteren wurde zwischen der Kunsthochschule Berlin (Weißensee) und der Universität der Künste die Zusammenarbeit im Werkstättenbereich vertraglich geregelt.

Im Berichtszeitraum haben die Fach- und Kunsthochschulen in der Regel durch HIS-IT-Anwendungen ihre Software ausgebaut und den neuen Anforderungen angepasst.

Wie für die Universitäten gewinnt an den Fach- und Kunsthochschulen das Facility-Management an Bedeutung. Besonders die Technische Fachhochschule berichtet

hier ausführlich und führt als Beleg ein in Anwendung befindliches Raumhandelsmodell im Sinne eines kompatiblen ADV-gestützten Gebäudemanagementsystems (HIS-Bau) an. Ähnliche Hinweise finden sich auch in den Berichten der Fachhochschule für Wirtschaft und der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft.

Alle Hochschulen beteiligen sich am Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich der HIS GmbH. Sie schaffen damit eine Voraussetzung zur Transparenz der Kosten (siehe Kapitel 15.2).

Alle Hochschulen führen weiter den schriftlichen Nachweis eines kontinuierlichen Qualitätsmanagements sowie über die Bereitstellung von Mitteln für Akkreditierung und Evaluierung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass alle Hochschulen ihren wesentlichen Verpflichtungen zur Verbesserung ihrer Kostentransparenz und Wirtschaftlichkeit nachgekommen sind.

Zum Facility Management wird aufgrund der Komplexität des Themas gesondert berichtet. Es würde den Rahmen der Leistungsberichterstattung sprengen.

5 Strukturplanung

Über die von den Hochschulen vorgelegten Strukturpläne wurde dem Abgeordnetenhaus vom Senat von Berlin mit Beschluss vom 19. April 2005 berichtet (Drs. 15/3896).

Die Universitäten, Träger der Hauptlast der Einsparungen, haben die Strukturplanung jeweils weiter konkretisiert. Die Freie Universität und die Humboldt-Universität haben die sich aus der Strukturplanung ergebenden Konsequenzen bereits in ihren Haushaltsplänen umgesetzt. Die Technische Universität hat in ihrem Akademischen Senat eine Ausstattungsplanung beschlossen, deren haushaltmäßige Umsetzung mit dem Haushaltsplan 2007 erfolgen wird.

Die Universitäten berichten, dass ihr Hauptaugenmerk bei der Umsetzung der Strukturplanung auf qualitativen Gesichtspunkten liegt. Es war jeweils in einem qualitätsorientierten Prozess zu ermitteln, welche Professuren konkret zur Wiederbesetzung freigegeben werden konnten.

Die Notwendigkeit zu einer Fortschreibung der Strukturplanung ergab sich bei den künstlerischen Hochschulen. Die Universität der Künste hat in ihrem Strukturplan vom 8. Februar 2006 auf die für den laufenden Vertragszeitraum vorgesehene Absenkung der Zuschüsse reagiert und ihre Studienplätze von derzeit 2.886 um 150 reduziert. Die Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ hat ihren Strukturplan für den Vertragsraum bis 2009 ebenfalls fortgeschrieben. Sie wird aufgrund der ihr auferlegten Einsparvorgaben ihre Studienplatzzahlen von 750 auf 610 reduzieren. Die Kunsthochschule Berlin (Weißensee) hat die auf eine Empfehlung der Expertenkommission Kunsthochschulen zurückgehende Strukturentscheidung zur Einstellung des Studiengangs Architektur im Strukturplan umgesetzt. Dadurch reduzieren sich an dieser Hochschule die Studienplatzzahlen von 550 auf 524.

6 Public Health

Gemäß § 6 a der Hochschulverträge 2006 - 2009 haben sich die Universitäten unter Einbeziehung der Charité zu einer Kooperation auf dem Gebiet von Public Health verpflichtet. Dazu sollte bis zum 30.04.2006 ein gemeinsames Konzept vorgelegt werden. Die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung ihrer Strukturpläne des Jahres 2004 verwendeten Ressourcen sollen erhalten bleiben.

Ein gemeinsames Konzept liegt bislang nicht vor.

Zu diesem Thema werden insbesondere zwischen der Technischen Universität und der Charité auf Leitungsebene intensive Gespräche geführt. Diskutiert wird ein Konzept der Charité über den Aufbau einer „Berlin School of Public Health“. Das bisherige Berliner Zentrum Public Health soll in die neu zu gründende School integriert werden. Geplant ist die Einrichtung von zwei Weiterbildungsstudiengängen, die sich jeweils zur Hälfte durch Gebühren finanzieren sollen.

Da die Technische Universität inzwischen strukturell bedingt das Institut für Gesundheitswissenschaften, einschließlich der postgradualen Studiengänge „Gesundheitswissenschaften/Public Health“ und „Epidemiologie“ eingestellt hat, konzentrieren sich zur Zeit die Erörterungen zur Zukunft des Bereichs Public Health im Kern auf die Frage, unter welchen Konditionen die bisher an der Technischen Universität angebotenen Studiengänge künftig an der Charité weitergeführt werden können.

Darüber hinaus wird geprüft, inwieweit bestehende weitere Angebote der Universitäten in Kooperationsbeziehungen einbezogen werden können, insbesondere der an der Freien Universität angebotene postgraduale Studiengang „Psychosoziale Prävention und Gesundheitsförderung“ mit dem Abschluss Master of Public Health.

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat mit Schreiben vom 22.06.2006 die Technische Universität und die Charité erneut aufgefordert, kurzfristig den aktuellen Stand zur geplanten Berlin School of Public Health an der Charité unter Einbeziehung der aktuell angebotenen Studiengänge zu Public Health darzulegen.

7 Grundarchitektur der Fortschreibung von Studienplätzen

Die mit den drei Universitäten seit 2005 geführten Gespräche über die Entwicklung der Aufnahmekapazitäten im kommenden Wintersemester unter Einbeziehung der neuen Bachelor- und Masterstudienstruktur haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

7.1 Entwicklung der Aufnahmekapazität ausgehend von den Zielzahlen der Hochschulverträge 2001/2002 gemäß der Strukturplanung 2000

Um festzustellen, in welchem Umfang sich die Aufnahmekapazität allein aufgrund der Entwicklungen der Hochschulbudgets verändert hat, ist eine Modellrechnung unter der Annahme erstellt worden, dass die alte Studienstruktur (Diplom, Magisterabschluss) weitergeführt wird. Einbezogen in diese Berechnung sind die in den Verträgen festgelegten Budgetreduzierungen sowie die Leistungen der drei Universitäten an den Fachhochschulstrukturfonds.

**Projektion der Aufnahmekapazität unter Einbezug der Haushalts-Entwicklung bis 2009 der Berliner Universitäten (ohne Medizin)
- Grundannahme: bei alter Studienstruktur -**

Spalte	(0)	(1)	(2)	(3)	(4)	
					(4a) = (3) / (0)	(4b) = (4a) / (0)
Projektion Aufnahmekapazität -alte Studienstruktur-	nachrichtlich Zielzahl - gem. Erg.vertrag 2001/2002 mod. HS-Strukturplan 2000 -	IST 2003¹⁾	IST 2006²⁾	Zielzahl ab 2009³⁾	Effekt Haushaltseinsparungen	
					absolut	in % (Basis: 2003)
FU⁰⁾	4.800	4.730	4.493	3.932	-868	-18%
HU⁰⁾	3.600	3.680	3.270	2.955	-645	-18%
TU	3.700	4.034	3.176	2.890	-810	-22%
= Summe Unis	12.100	12.444	10.939	9.777	-2.323	-19%

⁰⁾ FU: ohne Veterinärmedizin, ohne Humanmedizin; HU: ohne Humanmedizin

¹⁾ IST incl. Personalüberhang, incl. Kapazitätswirksamer Lehraufträge; Bezugsbasis: alte LVVO; beachte: z.T. ist das IST > Zielzahl gem. Verträge, da deren Einsparbeschlüsse z.T. noch umzusetzen sind

²⁾ Lehrangebot Soll-Struktur incl. Personalüberhang; Bezugsbasis: neue LVVO d.h. nach Erhöhung LVVO UniProf von 8 auf 9 SWS

³⁾ Lehrangebot Soll-Struktur Bezugsbasis: neue LVVO sowie incl. abgeschlossene Umsetzung der strukturellen Einsparungen der Universitäten: 75 Mo.€ netto d.h. rd. 98 Mo.€ brutto; 54 Mo.€ einmaliger Einsparbetrag, Beitrag FH-SF: 03-05; 2,5 Mo.€ p.a. ab 2006 rd. 1,707 Mo.€ p.a. u.ä.; Ziel: die Strukturplanung soll ab 2009 umgesetzt sein, d.h. Ziel: SOLL = IST

Aus der dargestellten Tabelle ergibt sich, dass die Zielzahl gemäß Hochschulstrukturplan 2000 (Spalte 0) sich von 12.100 auf die Zielzahl ab 2009 (Spalte 3) von 9.777 reduziert. Im Durchschnitt der drei Universitäten ist damit ein Verlust der Aufnahmekapazität von 19 % verbunden, der allein durch strukturelle Absenkung der Haushaltsbudgets bedingt ist.

7.2 Entwicklung der Aufnahmekapazität unter Einbeziehung der Bachelor- und Masterstrukturen

Die Planungen mit den Universitäten drehten sich im Folgenden darum, in welchem Umfang eine Verbesserung der Betreuungsrelation im Bachelorstudiengang unabdingbar ist, um zu erreichen, dass der Bachelorabschluss nach drei Jahren zu einem berufsbefähigenden Hochschulabschluss führt. Überregional (WR, HRK, CHE, KMK) wird eine Verbesserung zwischen 15 % und 25 % für erforderlich gehalten. Die Universitäten haben sich mit einer an der unteren Grenze dieser Empfehlungen liegenden

den durchschnittlichen Verbesserung um 15 % quer über alle Fächergruppen und im Durchschnitt der drei Universitäten bereit erklärt. Diese Verbesserung betrifft ausdrücklich nur die umgestellten Bachelor- und Masterstudiengänge.

Diese Setzung ermöglicht unterschiedliche Verbesserungen in den stark lehrbelasteten Fächergruppen Geistes- und Sozialwissenschaften um 20 % und in den Naturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften jeweils um 8 %. Hierbei berücksichtigt sind die besonderen Anforderungen in der Lehrerbildung.

7.3 Entwicklung der Aufnahmekapazität bei Umstellung auf die neue Studienstruktur Zulassungsjahr 2006/2007 bis 2009/2010

Bei Anwendung der oben dargestellten Ergebnisse auf die Ausgangslage unter Einbeziehung der Finanzentwicklung und der Umstellung auf die neuen Studiengänge ergeben sich für die drei Universitäten die im Zeilenblock 2 dargestellten Aufnahmekapazitäten und rechnerischen Übergangsquoten für Masterstudiengänge, gemessen an der Zahl der Studienanfänger in konsekutiven Bachelorstudiengängen.

Im Ergebnis reduziert sich die Aufnahmekapazität in den Bachelorstudiengängen im Verhältnis zur Aufnahmekapazität in den bisherigen Studiengängen insgesamt um 8 % über alle Fächer gewichtet. Die rechnerische Übergangsquote beträgt für alle drei Universitäten insgesamt 54 % zum Masterstudiengang (in den Geistes- und Naturwissenschaften 50 %, Ingenieurwissenschaften 78 %).

Projektion der Aufnahmekapazität 2006 bis 2009 auf die neue Studienstruktur

Zeilenblöcke	modellhafte Entwicklung der Aufnahmekapazität bei Umstellung auf die neue Studienstruktur Bachelor/Master		2006 -auf Basis IST 2006 -				2009 -auf Basis Ziel 2009 -				
			Gesamt	davon FG-Cluster			Gesamt	davon FG-Cluster			
				GW	NW	Ing		GW	NW	Ing	
(1)	Ausgangsbasis: Projektion Studienanfängerplätze gem. alter Studienstruktur	FU	4.493	3.262	1.231	-	3.932	2.852	1.080	-	
		HU	3.270	2.250	1.020	-	2.955	2.085	870	-	
		TU	3.176	714	1.002	1.460	2.890	735	874	1.281	
		= Summe Unis	10.939	6.226	3.253	1.460	9.777	5.672	2.824	1.281	
(2)	Projektion Aufnahmekapazität bei neuer Studienstruktur bei Verbesserung der Betreuungssituaion gem. der Mindestforderung des WR 15%	FU	Bachelor	4.012	2.796	1.216	-	3.512	2.445	1.067	-
			Master	2.006	1.398	608	-	1.755	1.222	533	-
			Bachelor in% (auf alte Struktur)	89%	86%	99%	-	89%	86%	99%	-
			Ü-Quote B/M	50%	50%	50%	-	50%	50%	50%	-
		HU	Bachelor	2.970	1.960	1.010	-	2.720	1.850	870	-
			Master	1.483	978	505	-	1.337	907	430	-
			Bachelor in% (auf alte Struktur)	91%	87%	99%	-	92%	87%	99%	-
			Ü-Quote B/M	50%	50%	50%	-	50%	50%	50%	-
		TU	Bachelor	3.085	635	990	1.460	2.798	654	863	1.281
			Master	1.947	317	495	1.135	1.754	327	431	996
			Bachelor in% (auf alte Struktur)	97%	89%	99%	100%	97%	89%	99%	100%
			Ü-Quote B/M	63%	50%	50%	78%	63%	50%	50%	78%
		= Σ Unis	Bachelor	10.067	5.391	3.216	1.460	9.030	4.949	2.800	1.281
			Master	5.436	2.693	1.608	1.135	4.846	2.456	1.394	996
			Bachelor in% (auf alte Struktur)	92%	87%	99%	100%	92%	87%	99%	100%
			Ü-Quote B/M	54%	50%	50%	78%	54%	50%	50%	78%

Das Modell stellt einen Systemwechsel bei der Bemessung der Studienplatzkapazitäten im Sinne eines Qualitätspaktes auf Gegenseitigkeit dar. Die Universitäten weisen darauf hin, dass die Verbesserungen der Betreuung in den Bachelorstudiengängen für sie unabdingbar sind, wenn sie dem Auftrag der neuen Studienstruktur gerecht werden sollen. Sie haben im Hinblick auf das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht zur Gestaltung der Studienstrukturen geltend gemacht, dass sie mit der Ak-

zeptanz des untersten Wertes auch dem Anliegen der erschöpfenden Ausnutzung der Kapazitäten in hinreichender Weise gerecht werden.

Die drei Universitäten sind sich darüber bewusst, dass im Zusammenhang mit der Verbesserung der Betreuung und der Verkürzung der Studienzeiten von ihnen eine signifikante Erhöhung der Erfolgsquote erwartet werden wird. Sie haben sich in einer gemeinsamen Erklärung auf eine Erfolgsquote von 70 % verpflichtet, an der sie sich messen lassen wollen. Sie werden diese Thematik in den Leistungsberichten der kommenden Jahre besonders hervorheben.

Bei einer Erfolgsquote von 70 % führt die angenommene rechnerische Übergangsquote von 50 % dazu, dass von 100 Studienanfängern 70 zum Abschluss kommen. Von diesen können 50 das Masterstudium aufnehmen. Dies entspricht einer faktischen Übergangsquote von rund 70 %.

Dies führt dazu, dass in Berlin rund 70 % dieser erfolgreichen Bachelor-Absolventen die Möglichkeit haben werden, ein konsekutives Masterstudium aufzunehmen. Damit würde trotz der Reduzierung der Budgets und insbesondere mit der Verbesserung der Betreuungsrelation die Zahl der erfolgreichen Absolventen im Bachelorstudium mindestens der bisherigen Absolventenzahl nach der alten Studienstruktur auf der Basis des Wintersemesters 2003/04 entsprechen. Die in den Hochschulverträgen festgelegte Ausbildungskapazität für mindestens 850 Absolventen(innen) in der Lehramtsausbildung wird sichergestellt.

Wie bei den drei Universitäten bedarf die Fortschreibung und Gesamtdarstellung der vorhandenen Kapazitäten der Erörterung mit den Fachhochschulen und den Kunsthochschulen, um ein von allen Hochschulen gemeinsam getragenes Darstellungssystem zu verabreden. Hierbei besteht jetzt schon Übereinstimmung, dass das bisherige System der Darstellung personalbezogener Studienplätze der neuen in der Umwandlung begriffenen Studienstruktur mit Bachelorstudiengängen, konsekutiven und nicht konsekutiven Masterstudiengängen, weiterbildenden Masterstudiengängen und möglicherweise an den Universitäten einzurichtenden Promotionsstudiengängen nicht mehr gerecht wird. Hinzu kommt, dass auch die überregionale Diskussion über den Umfang der Einbeziehung der künstlerischen Studiengänge in die Bachelor-

/Masterstruktur sowie die Entwicklung der Curricularnormwerte an den Fachhochschulen noch nicht abgeschlossen ist bzw. gerade erst begonnen hat.

Es ist vorgesehen im Bericht über das Jahr 2006 die Ergebnisse der oben angekündigten Gespräche mit den Hochschulen darzustellen. Zukünftig werden nicht mehr die personalbezogenen Studienplätze, sondern die Aufnahmekapazität (Studienanfängerplätze) in den einzelnen Studienarten dargestellt.

8 Vernetzung in der Lehrerbildung innerhalb und zwischen den Hochschulen

Die Universitäten sind dem Auftrag der Hochschulverträge nachgekommen und haben Servicezentren für Lehrerbildung beschlossen. Wenn auch die Strukturen dieser Servicezentren unterschiedlich sind, so erfüllen sie doch gemeinsam die gleichen Aufgaben. Sie bieten einen Service für Studierende, sichern die Koordination des Lehrangebots sowie die Administration der studienbegleitenden Prüfungen, fördern den Kontakt von universitärer Ausbildung und Schulpraxis und sichern letztlich die Qualität der Lehrerbildung. Die Servicezentren sind Träger der Evaluation und leisten die notwendigen Vorarbeiten für die künftige Akkreditierung der Studiengänge.

Die Struktur ist nach den Bedürfnissen der Universitäten unterschiedlich:

Freie Universität:

Das Servicezentrum ist dem Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie zugeordnet, ebenso das Praktikums- und Prüfungsbüro. Das Servicezentrum erhält einen Vorstand, eine Geschäftsführung sowie einen wissenschaftlichen Beirat. Die an der Lehrerbildung beteiligten Fachbereiche bilden eine gemeinsame Kommission mit Entscheidungskompetenz.

Humboldt-Universität:

Die Humboldt-Universität hat eine „Initiative pro Lehramt“ gebildet. Bestandteile dieser Initiative sind die Einrichtung eines Servicezentrums, die Einsetzung einer beratenden Gemeinsamen Kommission und die Etablierung regelmäßiger Gesprächsrunden der universitären und externen Partner. Das Servicezentrum für Lehrerbildung ist in der Abteilung Studierendenservice unter Leitung der zuständigen Vizepräsidentin für Stu-

dium und Internationales angesiedelt und hat folgende Aufgaben: Beratung und Information, Organisation der Praktika, Vernetzung der Studienfachberatungen und Abstimmung mit den Servicezentren anderer Berliner Universitäten. Die Gemeinsame Kommission für Lehramtsstudien hat folgende Aufgaben: Abstimmung des Lehramtsangebots, Vorbereitung von Entscheidungen der Kommission für Lehre und Studium sowie Initiativen zur Qualitätssicherung (Evaluation). Zusammen erfüllen das Servicezentrum und die Gemeinsame Kommission die notwendigen Aufgaben.

Technische Universität:

Die Technische Universität richtet ein Servicezentrum ein und bildet eine Gemeinsame Kommission mit Entscheidungsbefugnis, die sich eine Ausbildungskommission und einen oder mehrere Prüfungsausschüsse gibt.

Universität der Künste:

Die Universität der Künste richtet eine Ständige Kommission für Lehrerbildung ein, welche die Aufgaben eines Servicezentrums übernimmt.

Trotz dieser unterschiedlichen Organisationsstrukturen, die in der unterschiedlichen Universitätskultur begründet sind, ist der Senat der Auffassung, dass die Servicezentren an den Universitäten dazu beitragen werden, den Lehramtsstudierenden einen verbindlichen Ort für eine effiziente Hilfestellung beim Studium zu geben. Die Universitäten haben mit diesem Konzept den Auftrag der Hochschulverträge erfüllt, und es ist zu erwarten, dass im Rahmen des Berichtssystems auch diese Servicezentren nach angemessener Frist evaluiert werden.

9 Lehre

9.1 Übergreifende Aspekte und Entwicklungen

Die Umstellung der grundständigen Studienangebote an den Berliner Hochschulen auf Bachelor- und Master-Studiengänge gemäß dem Bologna-Prozess ist auf gutem Wege. Die Hochschulen werden dieses Ziel zum Wintersemester 2007/2008 im Wesentlichen erreichen. Die Konzipierung und Realisierung dieses neuen Lehrangebots

orientiert sich auch auf vielfältige Weise am internationalen Profil der jeweiligen Hochschule. Hierzu gehören auch internationale Master-Studiengänge und Promotionsstudien bzw. Graduiertenkollegs. Die forschungsorientierten Master-Studiengänge an den Universitäten weisen in den entsprechenden Feldern einen deutlichen Bezug zu den Leistungsschwerpunkten auf. Damit wird zugleich eine Hinführung der Master-Absolventen zu den internationalen Forschungsfeldern und -standards ihrer Fächer gewährleistet. Die engste Form der internationalen Zusammenarbeit von Universitäten im Feld der Master-Ausbildung bilden „joint degrees“, die etwa im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften aber auch in den Natur- und Ingenieurwissenschaften zum Teil seit Jahren erfolgreich angeboten werden.

Besonders hervorzuheben ist das Bemühen der Hochschulen, das Lehrangebot im Bereich der allgemeinen Berufsvorbereitung im Bachelor-Studium auszubauen. Dies führt auch zu einer stärkeren Verbindung von Hochschule und Wirtschaft und hat zum Ziel, die Chancen von Bachelor-Absolventen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. In Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Berlin haben es die Hochschulen übernommen, die Chancen und Möglichkeiten des Bologna-Prozesses transparenter darzustellen und die gegenseitigen Anforderung an die Gestaltung des Prozesses aufeinander abzustimmen. Aufgrund der Berichte der Berliner Hochschulen zur Lehre besteht zunehmend der Eindruck, dass die Hochschulen den Auftrag der Bologna-Reformen sehr ernst nehmen und die Einführung neuer Studiengänge mit einer ständigen Qualitätskontrolle verbinden. Dieser Eindruck wird auch durch eine Analyse der Satzungen der Hochschulen gestützt. Die Lehr- und Lernprozesse in den neuen Studiengängen werden zunehmend durch den Einsatz moderner Techniken (eLearning-Programme, Mentoring-Programme, Einbeziehung der Sprachenzentren) unterstützt. Im Zuge der Modularisierung in der Lehre wurde an den Berliner Hochschulen auch dem Thema Mobilität besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Hierbei geht es vor allem um die Gewährleistung frühzeitiger Vereinbarungen zu Lernverträgen (learning agreements), Transparenz der Anforderungen und Optimierung der Anrechnungsverfahren.

Auch die Technische Universität hat nach anfänglichem Zögern im März 2005 beschlossen, dass universitätsweit die gestuften Studiengänge nach dem Modell „sechs + vier“ eingeführt werden. Die Umstellung auf das gestufte Studiengangsys-

tem wird dort durch das Programm „Multimedia in Lehre und Forschung (MULF)“ und durch das „Programm zur nachhaltigen Verbesserung der Lehre“ flankiert.

Die Fachhochschulen haben im Berichtszeitraum fast vollständig auf das Bachelor-Format umgestellt und eine Vielzahl neuer Bachelor- und Master-Studiengänge eingeführt. Besonders hervorzuheben ist der Bachelor-Studiengang "Physiotherapie/ Ergotherapie" und der Bachelor-Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ an der Alice-Salomon-Fachhochschule, mit denen die Fachhochschule auch überregional Neuland betreten hat. Entwicklungsbedarf sehen die Fachhochschulen im Bereich des multimedialen Lehrens und Lernens. Die Fachhochschulen weisen in ihren Berichten zu den neuen Studiengängen und Lehrangeboten im Besonderen auf die positiven Wirkungen des Fachhochschulstrukturfonds hin.

Einen besonderen Schwerpunkt innerhalb der Ausbildung in den Bachelor- und Master-Studiengängen bildete in diesem Berichtszeitraum die Reform der Lehrerausbildung an den Universitäten.

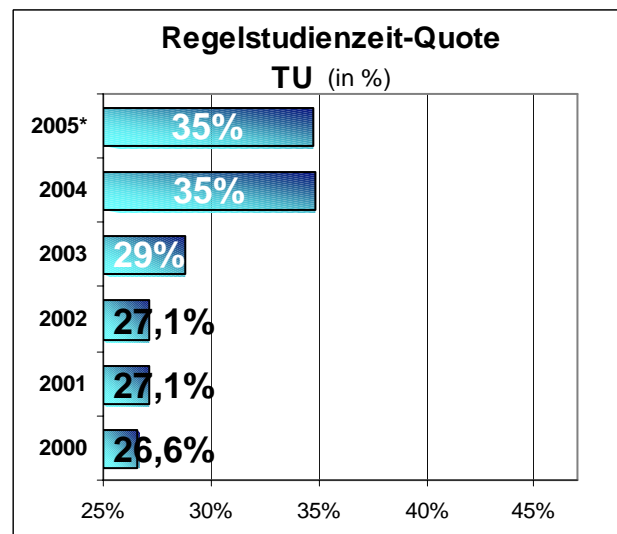
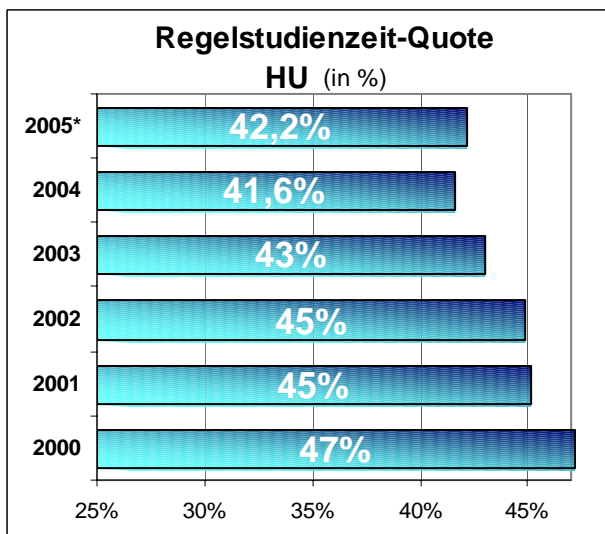
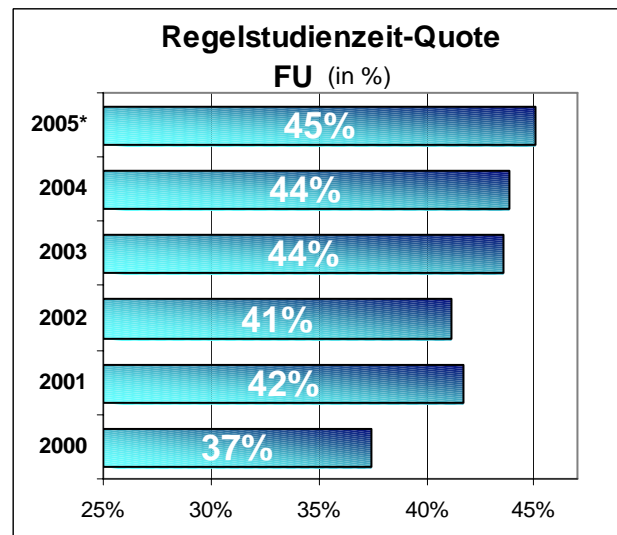
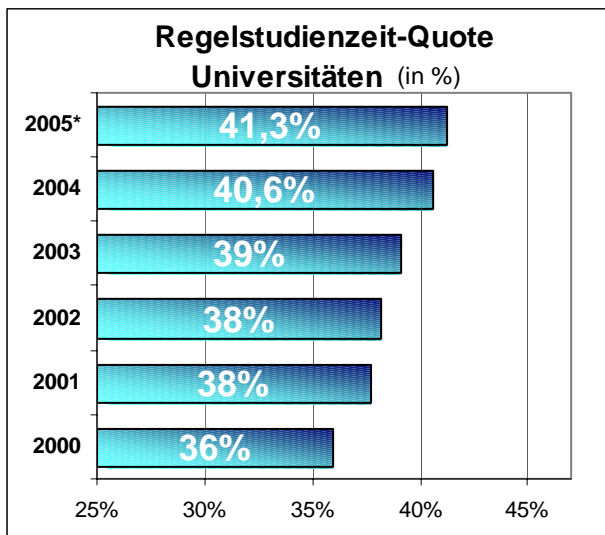
9.2 Lehrerbildung

Die lehrerausbildenden Universitäten nehmen verantwortungsvoll ihre Aufgabe wahr, gestufte Studiengänge gemäß dem 12. Änderungsgesetz zum Lehrerbildungsgesetz zu entwickeln und durchzuführen. Die Arbeitsgruppe der für die Lehrerausbildung zuständigen Vizepräsidenten koordiniert die inhaltliche Vorbereitung der Masterstudiengänge in der Lehrerbildung und hat zu diesem Zwecke zwei Arbeitsgruppen (AG Struktur und AG Berufswissenschaften) eingerichtet. An diesen Arbeitsgruppen beteiligen sich auch Vertreter der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport. Darüber hinaus wurde eine Steuerungsgruppe Lehrerbildung eingerichtet, die sich aus den Staatssekretären beider Verwaltungen und den Vizepräsidenten für Lehrerbildung zusammensetzt. Aufgrund dieser institutionalisierten Zusammenarbeit wird sichergestellt, dass die Ziele des Lehrerbildungsgesetzes durch die Hochschulen und durch die Senatsverwaltungen eingehalten werden. Der Zeitplan sieht vor, dass zum Wintersemester 2007/2008 das Studium in den lehramtsbezogenen Masterstudiengängen aufgenommen werden kann.

9.3 Leistungsparameter Lehre (Regelstudienzeitquote, Erfolgsquote, Einnahme aus Weiterbildung)

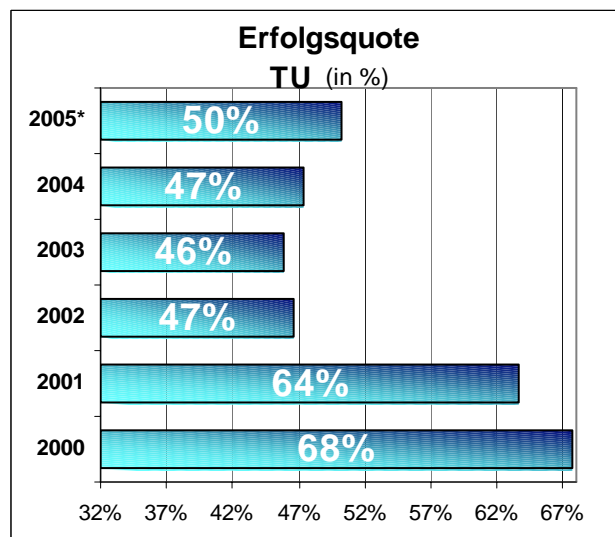
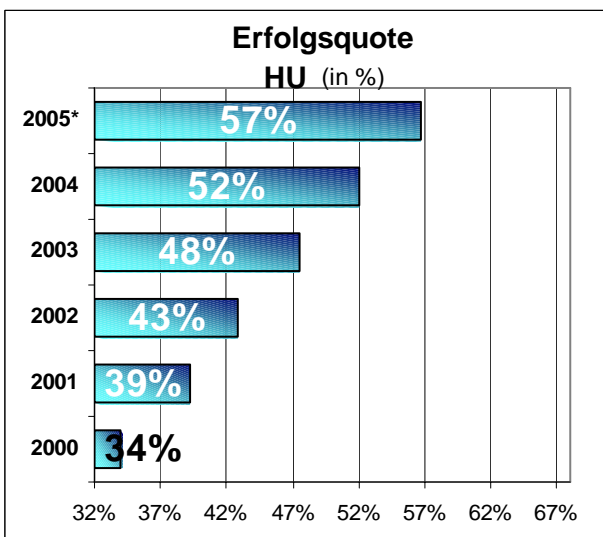
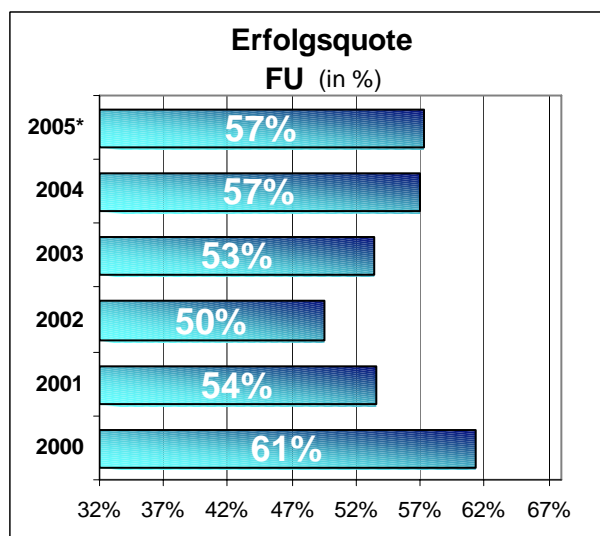
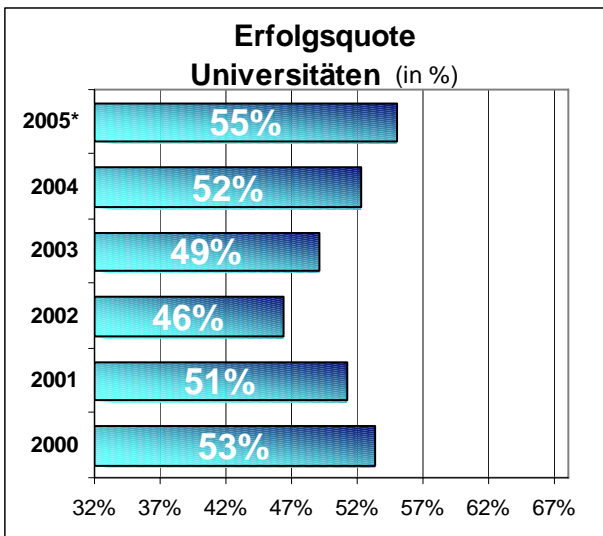
Nachfolgend werden die Ergebnisse der Leistungsparameter der Lehre - wie in den Leistungsberichten in den Jahren zuvor - dargestellt. Eine umfangliche Beschreibung hinsichtlich Interpretation und Verständnis wurde dort bereits gegeben. Mithin wird im Rahmen dieser Berichterstattung auf eine wiederholte Darstellung verzichtet.

Der Verlauf der Regelstudienzeitquote als Verhältnis der Anzahl der Absolventen in der Regelstudienzeit plus zwei Semester zu den Absolventen insgesamt an den Universitäten ist in den nachfolgenden Diagrammen dargestellt:



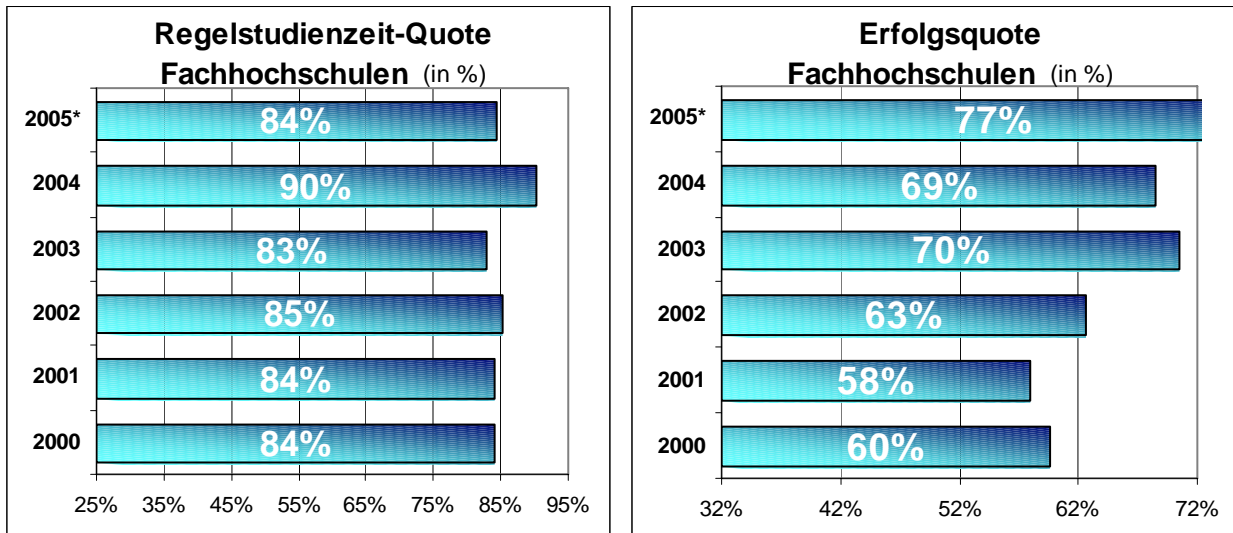
*) Angaben für 2005 zum Teil vorläufig

Die Entwicklung der Erfolgsquote (Verhältnis der Absolventen zu den Studierenden in Jahrgangsstärke) an den Universitäten kann den nachfolgenden Diagrammen entnommen werden:



*) Angaben für 2005 zum Teil vorläufig

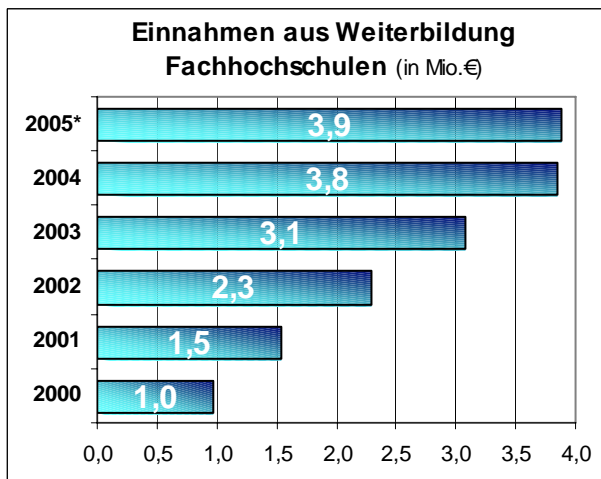
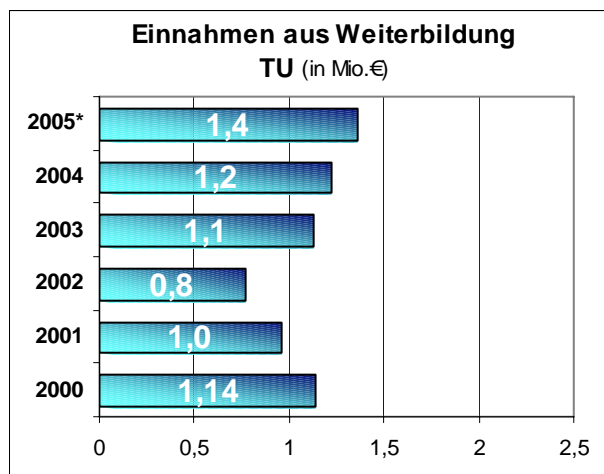
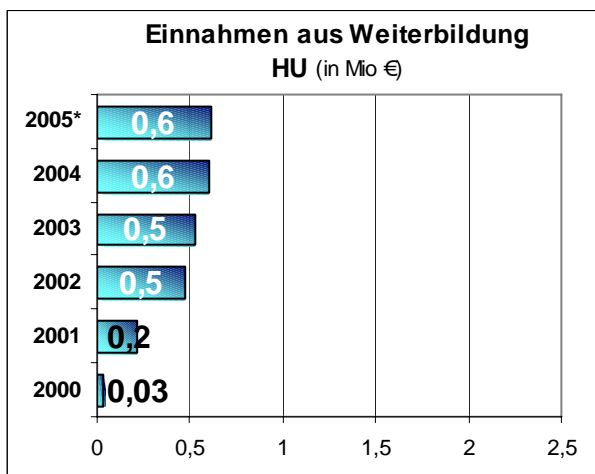
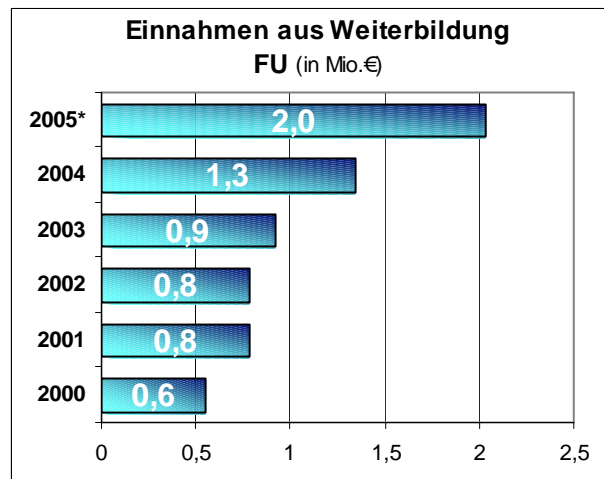
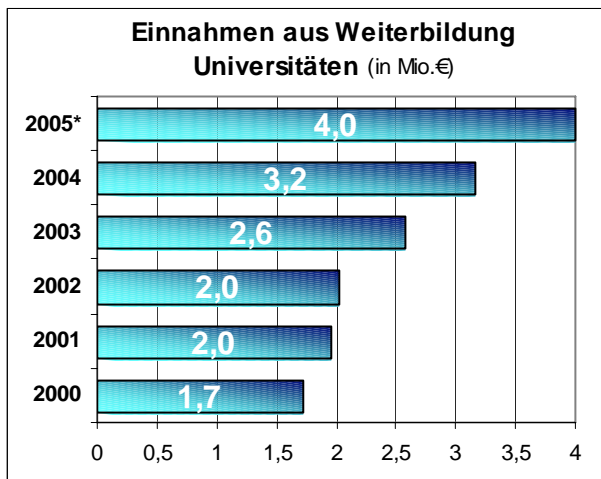
Mit Blick auf die vorgenannten beiden Lehrindikatoren schneiden die Berliner Fachhochschulen wie folgt ab:



*) Angaben für 2005 zum Teil vorläufig

Der Ausreißer bei der Regelstudienzeitquote im Jahr 2004 beruht auf technischen Vorgängen im Zuge des Einbezugs der Berufsakademie in die Fachhochschule für Wirtschaft sowie durch die veränderte Studienstruktur der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und ist damit nicht signifikant.

Hinsichtlich der Weiterbildung lassen sich an den Universitäten und Fachhochschulen die nachfolgend dargestellten positiven Verlaufstendenzen zusammenfassen:



*) Angaben für 2005 zum Teil vorläufig

9.4 Multimedia

Die Berliner Hochschulen haben dem eLearning als Instrument für die Modernisierung der Lehre weiterhin große Aufmerksamkeit beigemessen, vor allem im Hinblick auf die Modularisierung des Studiums im Rahmen des Bologna-Prozesses. Hochschulinterne Förderprogramme befördern die Entwicklung und den Einsatz multimedialer Instrumente und Methoden ebenso wie der weitere Ausbau der vorhandenen Kompetenzzentren. An der Freien Universität wurden in den vergangenen drei Jahren über 130 eLearning-Projekte mit einem Umfang von über einer Million Euro durchgeführt. Die Humboldt-Universität förderte im Jahr 2005 35 Projekte mit insgesamt 274 T€.

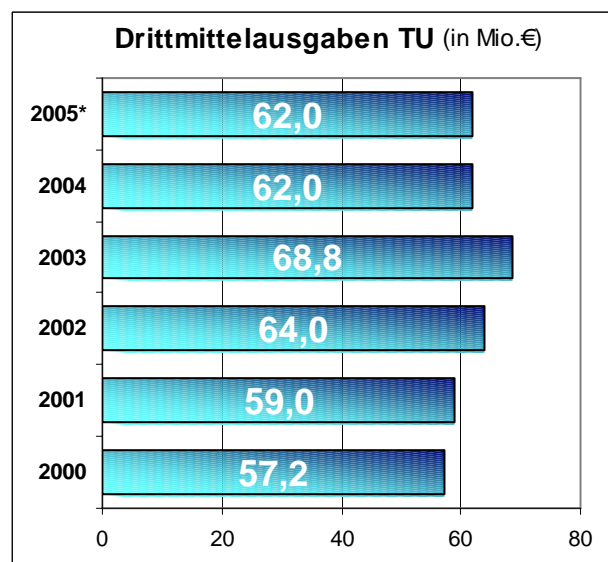
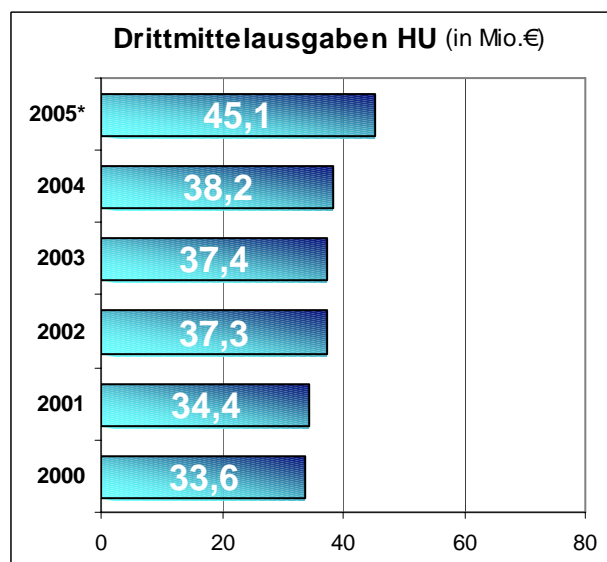
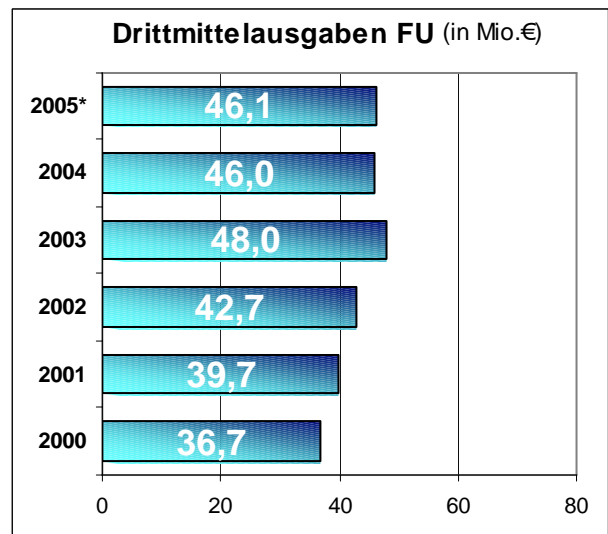
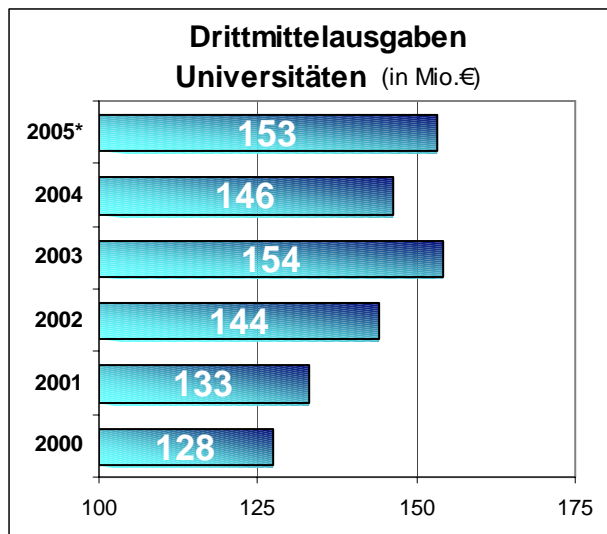
Die Berliner Hochschulen beabsichtigen, entsprechend einem Schreiben des Vorsitzenden der Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen (LKRP) vom 31.05.2006, „die mit der Multimedia Hochschulservice Berlin GmbH (MHSG) geleistete Aufbauarbeit zu erhalten, indem sie die Gesellschaft zum 01.07.2007 auf andere, außeruniversitäre Gesellschafter übertragen.“ Die LKRP ist der Auffassung, dass zur Fortführung und Weiterentwicklung der MHSG das Institut für technische Weiterbildung Berlin (itw) e.V. geeignet ist, das hochschulnah als gemeinnütziger Verein und als An-Institut der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft sowie in enger Kooperation mit der Technischen Fachhochschule in Bildungs- und Projektarbeit durch Einsatz Neuer Medien tätig und bereits mit der Arbeit der MHSG vertraut ist.

In einer Stellungnahme vom 08.06.2006 der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses wird bedauert, dass es den beteiligten Hochschulen nicht gelungen ist, für die Zukunft der MHSG ein gemeinsam beschlossenes und tragfähiges Geschäftskonzept vorzulegen. Die Fortführung und Weiterentwicklung der MHSG durch das itw wird in der Stellungnahme jedoch für zielführend angesehen, insbesondere, wenn es gelingen sollte, wie in dem Schreiben der LKRP vorgeschlagen, ein hochschulübergreifendes Internet-Portal aufzubauen und zu betreiben. Als Fazit bleibt jedoch festzustellen, dass die Hochschulen ihr ursprüngliches Ziel, eine GmbH in eigener Regie mit dem Zweck, einen Multimediaservice für alle Hochschulen zu gewähren, verfehlt haben.

10 Forschung

Die Berliner Universitäten haben im Jahr 2005 153 Mio € an eingeworbenen Drittmitteln verausgabt. Das ist gegenüber 2004 (146 Mio €) eine Steigerung von rd. 5 %. Damit ist das Drittmittelniveau des Jahres 2003 (154 Mio €) fast wieder erreicht.

Für die einzelnen Universitäten stellt sich die Entwicklung in den letzten Jahren wie folgt dar:



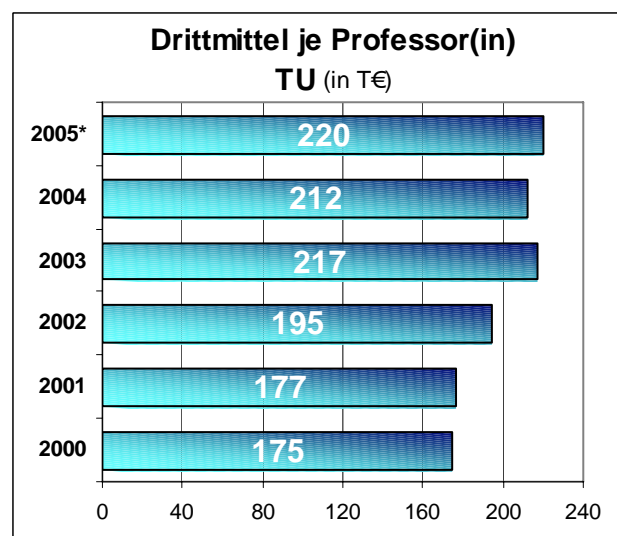
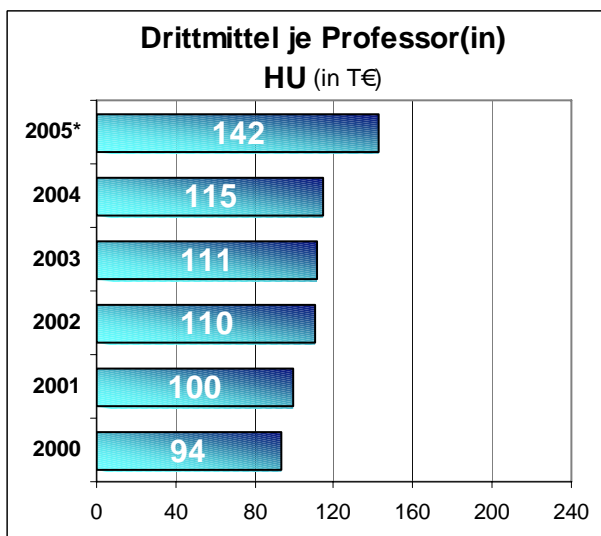
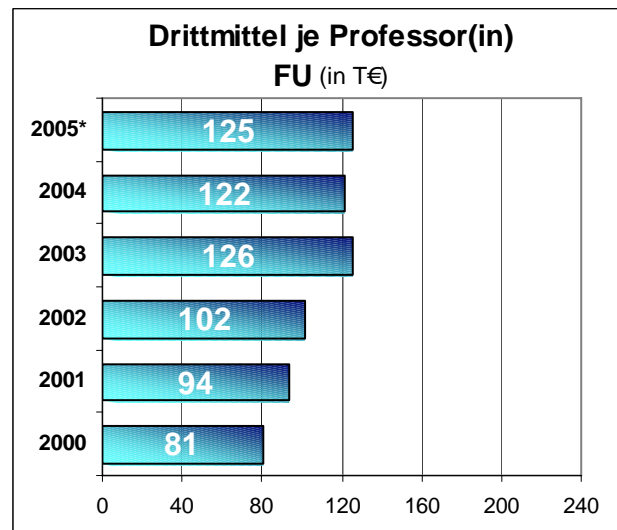
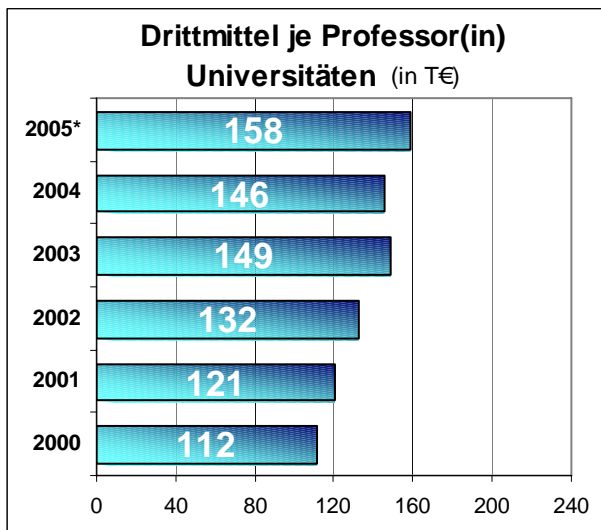
*) Angaben für 2005 zum Teil vorläufig

Es wird deutlich, dass lediglich die Humboldt-Universität ihre Drittmittelausgaben seit 2003 steigern konnte, während die Drittmittelausgaben der Freien Universität und der Technischen Universität entweder rückläufig waren oder stagnierten.

In absoluten Zahlen betrachtet, hat die Humboldt-Universität nunmehr etwa das Niveau der Drittmittelausgaben der Freien Universität erreicht. Drittmittelstärkste Universität ist nach wie vor die Technische Universität.

Die Drittmittelausgaben pro Professor(in) haben sich an den Berliner Universitäten in 2005 (158 T€) um 8 % gegenüber 2004 (146 T€) erhöht. Dies stellt angesichts einer sinkenden Zahl an Professoren(innen) ein durchaus positives Ergebnis dar.

Für die einzelnen Universitäten stellen sich die Drittmittelausgaben pro Professor(in) wie folgt dar:



*) Angaben für 2005 zum Teil vorläufig

Daraus wird ersichtlich, dass die Humboldt-Universität einen überproportionalen Zuwachs zu verzeichnen hat, während die Professoren(innen) der Technischen Universität im Durchschnitt die höchsten Drittmittelausgaben an einer Berliner Universitäten vorweisen können.

Im Unterschied zu 2004 hat die Humboldt-Universität nunmehr die Freie Universität überholt.

Insgesamt sind die Berliner Universitäten im Hinblick auf die Drittmittelausgaben pro Professor(in) im Durchschnitt erfolgreicher als der Durchschnitt auf Bundesebene (rd. 121 T€ laut Angaben des Statistischen Bundesamtes für 2003; November 2005).

Die Steigerung von Drittmitteln absolut sowie je Professor(in) zeigen das Bemühen der Universitäten, ihre Leistungsfähigkeit durch eigene Einnahmen zu stärken. Drittmittel eröffnen den Universitäten Möglichkeiten zur Erweiterung ihrer Forschung und fördern Schwerpunktbildung und Vernetzung. Für eine erfolgreiche Drittmittelinwerbung ist von grundlegender Bedeutung, dass die antragstellende Universität auf eine ausreichende Grundausstattung verweisen kann. Darauf hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft als größter Drittmittelgeber der deutschen Universitäten mehrfach hingewiesen. Angesichts der Kürzungen der Universitätsetats und der beträchtlichen Reduzierung der Professorenstellen ist deshalb - trotz Schwankungen in 2004 - die Drittmittelbilanz beachtlich.

Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden vor dem Hintergrund sinkender Landeszuschüsse von den Universitäten unter forschungsstrategischen Gesichtspunkten sowie im Hinblick auf die Schaffung eines attraktiven Lehr- und Qualifizierungsangebots für den wissenschaftlichen Nachwuchs angestrebt und weiter entwickelt. Die engen Kooperationsbeziehungen zwischen Universitäten untereinander und mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen spiegeln sich auch in den 20 Sonderforschungsbereichen wider, deren Sprecherfunktion bei einer der drei Berliner Universitäten liegt. Damit ist die Anzahl der Berliner Sonderforschungsbereiche seit 2000 erstmalig wieder gewachsen, wobei im Jahre 2005 die Humboldt-Universität - im Vergleich zu 2004 - drei Sprecherfunktionen hinzugewin-

nen konnte und damit auf die höchste Zahl an Sonderforschungsbereichen an Berliner Universitäten verweisen kann, während die Freie Universität eine Sprecherrolle verloren hat und die Technische Universität gleich blieb.

Angesichts sinkender Landeszuschüsse und eines wachsenden überregionalen Wettbewerbs um Drittmittel für die Forschung setzen die Berliner Universitäten konsequent auf die Profilierung der universitären Forschung. Durch den Exzellenzwettbewerb des Bundes und der Länder, aber auch darüber hinaus wird die Freie Universität im Zuge der Umsetzung des Struktur- und Entwicklungsplans die interne Forschungsstruktur weiter neu ausrichten. Es sollen gezielt Forschungsallianzen geschaffen werden, die interdisziplinäre Forschungsschwerpunkte zusammenfassen und maßgeblich die Profilbildung der Freien Universität bestimmen.

Das neue Konzept im Bereich Forschung ist charakterisiert durch die Etablierung von Forschungsnetzwerken quer zu den Strukturen der Fachbereiche, das seine erste Umsetzung in der Einrichtung von interdisziplinären Zentren, die Forschungsverbünde auf Zeit sind, gefunden hat. Die Freie Universität verfolgt damit das Ziel, die Koordination und Zusammenarbeit von interdisziplinären Forschergruppen zu fördern, die gleichzeitig zur Profilbildung der Universität durch Fokussierung der Forschungsaktivitäten beiträgt, den wissenschaftlichen Nachwuchs fördert und die Wettbewerbssituation der Freien Universität verbessert. Bereits 2004 waren acht interdisziplinäre Zentren eingerichtet worden. Diese Planungen wurden auch durch die interne Forschungsförderung der Freien Universität mit 2,8 Mio. € (2003: 2,6 Mio. €; 2004: 2,6 Mio. €) unterstützt.

In der Forschungspolitik der Technischen Universität gewinnen - angesichts des zunehmenden interdisziplinären nationalen und internationalen Wettbewerbs - die langfristigen Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft einen immer höheren Stellenwert. Die Kooperationen stärken das Grundlagenpotential der Forschung an der Technischen Universität und ermöglichen darüber hinaus eine engere Verbindung zur anwendungsnahen Forschung, unterstützen aber auch vor dem Hintergrund sinkender Landeszuschüsse die Potentiale der Technischen Universität in der Lehre. Vor diesem Hintergrund wurden im Jahre 2005 u.a. mit dem Fraunhofer Institut für Software- und Systemtechnik und dem Deut-

schen Institut für Wirtschaftsforschung weitere gemeinsame Berufungen durchgeführt. Neu vertraglich vereinbart wurden auch fünf Stiftungsprofessuren, davon vier mit der Deutschen Telekom AG.

Mit den verschiedenen projekt- und antragsgebundenen Förderinstrumenten der internen Forschungsförderung der Technischen Universität sollen die Potentiale zur Drittmittelinwerbung durch die Förderung innovativer, möglichst interdisziplinärer Forschungsaktivitäten gesteigert werden. Zugleich wird das Ziel verfolgt, die Entwicklung von Forschungsschwerpunkten zu unterstützen. Gegenüber 2003 und 2004 mit jeweils 3,1 Mio. € standen 2005 sogar 4,1 Mio. € für die interne Forschungsförderung der Technischen Universität zur Verfügung.

Die Humboldt-Universität hat in den vergangenen Jahren ein umfassendes Qualitätsmanagement u. a. für die Forschung etabliert. Als Instrument wird die Forschungsevaluation eingesetzt, deren Aufgabe es ist, die Fächer und die sie vertretenden Professoren(innen) entsprechend ihrem Leistungsvermögens in der Forschung zu unterstützen und Anreize zur Qualitätsverbesserung zu geben. Ausgangspunkt des Verfahrens ist die Darstellung der erbrachten Forschungsleistungen und die Einordnung des Fachbeitrages für die profilgebenden Schwerpunkte der Humboldt-Universität. Die in den Forschungsevaluationen gewonnen Erkenntnisse und Empfehlungen werden in Zielvereinbarungen umgesetzt. Dies ist in 2005 für die Fächer Geographie, Mathematik, Psychologie und Agrarwissenschaften realisiert worden. Im Jahr 2005 wurden in den Fächern Philosophie und Sportwissenschaft Forschungsevaluationen durchgeführt.

Mit der Einrichtung von in der Regel auf fünf Jahre (mit Verlängerungsmöglichkeit) angelegten interdisziplinären Zentren will die Humboldt-Universität nicht nur einer Versäulung der Universität durch die starre Strukturierung der Institute und Fakultäten entgegenwirken, sondern vor allem einer sichtbaren Profilbildung der Universitäten dienen, die die Kräfte in Forschung und Lehre bündelt, den wissenschaftlichen Nachwuchs fördert und Forschungs Kooperationen mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen unterstützt.

An der Humboldt-Universität sind bisher acht interdisziplinäre Zentren eingerichtet, darunter das August-Boeckh-Antikezentrum, das Georg-Simmel-Zentrum für Metro-
polenforschung, das Hermann von Helmholtz-Zentrum für Kulturtechnik und das
Zentrum für Infektionsbiologie und Immunität.

Mit dem Einsatz von Mitteln des Innovationsfonds für den Bereich Forschung werden
Anreize gegeben, die Bildung von Forschungsschwerpunkten zu initiieren und damit
die Drittmittelinwerbung zu erhöhen.

Die Berliner Universitäten konnten auch im Rahmen der „Exzellenzinitiative des Bun-
des und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen
Hochschulen“ ihre Innovationskraft unter Beweis stellen. Von den von Berliner Uni-
versitäten eingereichten elf Anträgen zur Einrichtung von Exzellenzclustern, elf An-
trägen zur Einrichtung von Graduiertenschulen und drei Anträgen zur Förderung von
Zukunftskonzepten zur Spitzenforschung wurden insgesamt acht Anträge ausge-
wählt, für die inzwischen Vollanträge vorgelegt wurden, über die am 13.10.2006 ent-
schieden wird.

Die Ergebnisse der Vorauswahl stellen sich wie folgt dar:

Graduiertenschulen	
FU	Graduate School of North American Studies
HU	Graduate School of Mind and Brain
TU/FU/HU	Berlin Mathematical School

Exzellenzcluster	
FU	Governance in a Globalized World
HU	Campus Adlershof - Materials in New Light
	Translating Cell Differentiation Into Tissue Regeneration
TU	Human-Centric Communication Center
	Unifying Concepts in Catalysis

Zukunftskonzept	
FU	Internationale Netzwerkuniversität

Damit waren die Berliner Universitäten im Rahmen dieses Wettbewerbs bisher außerordentlich erfolgreich. Hervorzuheben ist der besondere Erfolg der Freien Universität, die mit ihrem Konzept einer „Internationalen Netzwerkuniversität“ in die engere Auswahl für die dritte Förderlinie gekommen ist.

Die drei Universitäten werden sich auch am Wettbewerb in der zweiten Antragsrunde mit Graduiertenschulen, Exzellenzclustern und in der dritten Förderlinie beteiligen. Sie haben hierzu bereits Absichtserklärungen und Antragsskizzen eingereicht.

11 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Nach wie vor betrachten die Universitäten die Graduiertenkollegs als eines der wichtigsten Förderinstrumente, um den wissenschaftlichen Nachwuchs zur Promotion zu führen. Im Berichtsjahr 2005 wurden an der Freien Universität vier und an der Humboldt-Universität drei neue Graduiertenkollegs errichtet. Im selben Zeitraum hat die Technische Universität drei neue Kollegs beantragt.

In 2005 konnte die Technische Universität die gemittelte Zahl der erfolgreichen Promotionen und Habilitationen steigern, der Humboldt-Universität gelang dies deutlich bei den Promotionen, die Freie Universität hat sich auf hohem Niveau weitgehend stabilisiert. Gegenüber 2004 hat sich die ohnehin geringe Zahl von Promotionsstudiengängen (an FU und TU jeweils einer, HU keiner, UdK fünf) nicht verändert. Dabei ist zu beachten, dass mit der Juniorprofessur ein alternativer Qualifikationsweg eröffnet wurde, der die Zahl der Habilitationen beeinflusst.

Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Gründung einer „Dahlem Research School“ an der Freien Universität, die als eine Art Dachorganisation fachbereichsübergreifend der Förderung und Entwicklung strukturierter Promotionsstudiengänge dienen soll.

Die Universitäten haben die nachhaltige Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Berichtszeitraum insbesondere auch über das Instrument der Juniorprofessur erfolgreich fortgesetzt.

Zahl der eingerichteten Juniorprofessuren	2004	2005
FU	49	50
HU	40	84
TU	16	18
Gesamt	105	152

Die Humboldt-Universität nimmt durch die frühe Einführung von Juniorprofessuren bundesweit eine herausragende Stellung im Bereich der Nachwuchsförderung ein. Die Zahl der eingerichteten Juniorprofessuren liegt an der Humboldt-Universität aktuell bei 84. Die Freie Universität hat die Zahl der eingerichteten Juniorprofessuren konsequent ausgebaut. Auch der Technischen Universität ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses über Juniorprofessuren ein besonderes Anliegen. Da-

bei ist für eine Technische Universität die Anzahl von 18 eingerichteten Juniorprofessuren vergleichsweise hoch. Im Allgemeinen ist für die profildbildenden Ingenieurwissenschaften von Technischen Universitäten der Karriereweg der Juniorprofessur eher noch ungewöhnlich.

Weiterhin unbefriedigend ist die Zahl der durchgeführten Promotionen von Fachhochschulabsolventen(innen). Während die Freie Universität gemittelt bei vier Promotionen pro Jahr stagnierte, steigerte die Technische Universität die (gemittelte) Zahl der Promotionen im Berichtsjahr 2005 von neun auf zwölf und die Humboldt-Universität von fünf auf acht. Dies ist angesichts der o.g. Gesamtzahl der Promotionen und der hohen Zahl von Fachhochschulabsolventen(innen) in Berlin nach wie vor ein äußerst niedriger Anteil.

Naheliegenderweise räumen die Fachhochschulen diesem Thema eine größere Relevanz ein als die Universitäten. Fast alle Fachhochschulen unterhalten - häufig verknüpft mit Maßnahmen zur Frauenförderung - Promotionskolloquien und/oder Promotionsförderprogramme. Weiter berichtet die Technische Fachhochschule von institutionalisierten Forschungskooperationen mit der Technischen Universität und der Charité.

Methodisch machen die Fachhochschulen auf das Problem aufmerksam, dass sie nicht immer über die Promotionsvorhaben ihrer Absolventen(innen) informiert sind, wenn sich diese nach Abschluss des Studiums selbständig an einer Universität zur Promotion anmelden. Die vorliegenden Zahlen deuten aber darauf hin, dass die Promotionsabsichten Berliner Fachhochschulabsolvent(innen) außerhalb Berlins und zum Teil auch außerhalb Deutschlands wesentlich einfacher zu realisieren sind. So führt die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft an, dass von 23 bekannten laufenden Promotionsverfahren nur sieben in Berlin stattfinden. Dies macht deutlich, dass die Berliner Universitäten nach wie vor nicht in hinreichendem Umfang die Chance nutzen, hervorragende Fachhochschulabsolventen(innen) aus Berlin oder von außerhalb zur Promotion zu führen.

Berichtete Einzelfälle zeigen, dass ein konkretes Hindernis für Fachhochschulabsolventen(innen) in der Promotionsordnung der Technischen Universität für Ingenieure

besteht, die ohne Ausnahmemöglichkeit von diesen - anders als beispielsweise von den Absolventen(innen) ausländischer Hochschulen - die Note "sehr gut" oder besser verlangt. Insoweit wird von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur eine Überarbeitung der Promotionsordnung für dringlich gehalten.

Generell erwartet die Senatsverwaltung von den Universitäten konkrete Maßnahmen, um dem unbefriedigenden Zustand gegenzusteuern, dass die Absolventen(innen) der Berliner Fachhochschulen auch bei guter Qualifikation geringe Chancen haben, von den Berliner Universitäten zur Promotion angenommen zu werden.

12 Wissens- und Technologietransfer

Der Wissens- und Technologietransfer wurde von allen Hochschulen engagiert betrieben. Der zunehmenden Bedeutung der Umsetzung von Wissen in Produkte, Verfahren und schließlich auch Arbeitsplätze wurde durch vielfältige Aktivitäten Rechnung getragen - eine herausgehobene Rolle spielt jedoch die Stärkung der Patent- und Lizenzstrukturen sowie der Vorbereitung auf Existenzgründungen.

Die Herausbildung eines effizienten Patent- und Lizenzwesens, d. h. der Aufbau professioneller Strukturen zur Verwertung gewerblicher Schutzrechte, nimmt weiterhin einen großen Stellenwert im Wissens- und Technologietransfer ein.

So wird die Arbeit der ipal GmbH als gemeinsamer Patentverwertungsagentur der Berliner Hochschulen an der Freien Universität eng mit dem internen Patent- und Lizenzservice (PULS) verzahnt. Um die Anzahl erfolgreicher Patente zu erhöhen, wurden in 2005 an der Freien Universität zwei Anreizsysteme geschaffen. Zum einen werden das Melden einer Dienstleistungserfindung und zum anderen unreife, aber Erfolg versprechende Erfindungen mit zusätzlichen Leistungsmitteln belohnt. Die Anzahl der eingegangenen Erfindungsmeldungen belief sich in Dahlem im Jahr 2005 auf 13 und die der Patentanmeldungen auf sechs.

Zur besseren Vermarktung von Forschungsleistungen hat die Humboldt-Universität neben der Beteiligung an der ipal GmbH in 2005 die Humboldt-Innovation GmbH ge-

gründet. Sie dient als Plattform für unternehmerische Aktivitäten der Universität und sieht sich als Anlaufstelle für Unternehmen, die Interesse an Forschungsleistungen haben, die auf nicht-patentgeschützten Technologien der Universität beruhen.

An der Technischen Universität gingen im Jahr 2005 insgesamt 77 Erfindungsmeldungen im „Servicebereich Kooperationen Patente Lizenzen“ ein. Das gesamte Patentportfolio der Technischen Universität setzt sich derzeit aus 55 deutschen und 25 internationalen Patentanmeldungen zusammen.

Die Existenzgründungsförderung ist eines der wesentlichen Aktionsfelder, wenn es um den Transfer von Wissen und Technologie geht. Um die technologieorientierte Gründungsförderung in Berlin weiter voranzutreiben und ihr neue Impulse zu verleihen, wurde im Juli 2005 das Berliner Gründungsnetzwerk B!Gründet ins Leben gerufen. Partner sind die drei Berliner Universitäten (FU, HU, TU), die Fachhochschulen (FHTW, FHW, TFH), die Universitätsmedizin Charité, die Leibniz-Gemeinschaft, das Existenzgründer-Institut Berlin, die Technologie Coaching Center GmbH (TCC) sowie die ipal als das IP Asset Management Unternehmen der Berliner Hochschulen. Vorrangiges Ziel von B!Gründet ist es, verstärkt Unternehmensgründungen aus den Hochschulen zu initiieren. Dies geschieht durch eine auf maximal ein Jahr begrenzte finanzielle Unterstützung durch das EXIST-SEED-Programm, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert wird. Darüber hinaus haben die Hochschulen in erheblichem Umfang ESF-Mittel des Landes Berlin für Existenzförderungsaktivitäten eingeworben.

Im Leistungsbericht der Freien Universität wird die Frage der Ausgründungen zahlenmäßig mit sechs Spinn-offs präzisiert. Die Humboldt-Universität hat fünf neue Ausgründungen in Vorbereitung. Der mit 10.000 € dotierte Innovationspreis Berlin/Brandenburg für die FU-Gründung Scatterweb GmbH würdigt damit auch das Engagement der Freien Universität auf diesem Feld.

Deutlich verstärkt wurde das Engagement der Fachhochschulen bei den Existenzgründungsaktivitäten, sei es im Rahmen der Errichtung von Gründungszentren,

Kompetenzzentren, der Schaffung zusätzlicher Anreizsysteme (wie z. B. Gründerstipendien), sei es durch Schulungen sowie individuelle Beratungen bzw. Coachings.

So startete die Fachhochschule für Wirtschaft im Juni 2005 das bereits erfolgreiche Programm „Gründungseinstieg“, welches sich schwerpunktmäßig der Vorbereitung von Studierenden bei der Unternehmensgründung widmet.

Auch die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft unternahm weitere Anstrengungen zur Förderung der Selbständigkeit mittels eines sich an Studierende nicht-ökonomischer Fachbereiche gerichteten Seminarangebots zu den „Grundlagen der Existenzgründung“. Gerade unter dieser Zielgruppe ist die Anzahl derer, die eine Selbständigkeit anstreben, nachgewiesenermaßen besonders hoch.

Die Technische Fachhochschule konnte nicht nur ihre beiden Projekte Forschungsassistent I und II im Berichtszeitraum erfolgreich zum Abschluss bringen, sondern darüber hinaus das sich anschließende Projekt Forschungsassistent III starten. Mit einem kooperierenden Unternehmen entwickeln die Forschungsassistenten(innen) innovative Technologien und Dienstleistungen und qualifizieren sich gleichzeitig als zukünftige Mitarbeiter in den Unternehmen. Das Projekt (Forschungsassistent) leistet damit einen Beitrag zur Stärkung der regionalen Wirtschaft, eröffnet neuen Entwicklungen eine Chance auf dem Markt und schafft neue Impulse für den lokalen Arbeitsmarkt. Als Erfolg ist in diesem Zusammenhang zu werten, dass 80 % der Forschungsassistenten(innen) auf nichtsubventionierte Arbeitsplätze vermittelt werden konnten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Berliner Hochschulen ein breitgefächertes, gut strukturiertes und ineinandergreifendes Leistungsangebot in Bezug auf Wissens- und Personaltransfer, Forschungsvermittlung sowie verschiedenster Beratungsangebote vorhalten.

13 Erfüllung des Gleichstellungsauftrages

13.1 Förderung von Frauen in der Wissenschaft

Wichtigste Anreiz- und Steuerungsfunktion zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft entfalten nach wie vor das "Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre HWP 1" und das "C 1 / C 2-Förderprogramm für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -künstlerinnen". Das C 1/ C2 - Programm ist durch die Einführung der Juniorprofessur und das Inkrafttreten des Professorenbesoldungsreformgesetz vollständig auf die W-Besoldung umgestellt worden.

Das "Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre HWP 1" wurde im Jahr 2005 evaluiert. Der Senat von Berlin wird das Programm gemäß Senatsbeschluss Nr. 3643/2006 in Abstimmung mit den Berliner Hochschulen zunächst unabhängig von den Verhandlungsergebnissen über einen Hochschulpakt als Landesprogramm in modifizierter Form fortführen.

Die Ergänzung vorgenannter Programme durch hochschuleigene Programme wurde fortgesetzt. Qualitätsmaßstäbe setzen das Gesamtkonzept der Freien Universität, welches zum zweiten Mal mit dem Total E-Quality Science Award ausgezeichnet wurde. Das Frauenförderkonzept der Technischen Fachhochschule erhielt zum zweiten Mal in Folge den Preis der D 21- Initiative „Get the Best - Mehr Frauen in die Forschung“. Die Technische Universität erhielt diesen Preis im Vorjahr und konnte ihn durch die Auszeichnung des Stifterverbands für die Femtec - Hochschulkarrierezentrum für Frauen Berlin GmbH für das Programm „Frauen in den Natur- und Ingenieurwissenschaften“ ergänzen.

Die aus den oben genannten Wettbewerben resultierenden Herausforderungen haben strukturell gewirkt. Die Hochschulen erreichten hierdurch nachhaltige Fortschritte bei der personenbezogenen Förderung des Hochschullehrerinnennachwuchses und der Verankerung von Genderforschung in der Lehre. Beispielhaft genannt sei für den Berichtszeitraum der zweite Durchlauf des Mentoring-Programms „ProFiL“ von Freier Universität, Humboldt-Universität und Technischer Universität, in dem 60 Mentorinnen und Mentoren inzwischen über 70 Wissenschaftlerinnen betreut haben. Das

Mentoring-Programm der Universität der Künste befindet sich im dritten Durchgang; die Kunsthochschule Berlin (Weißensee), die Hochschule für Musik "Hanns Eisler" und die Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ Potsdam-Babelsberg sind durch Kooperationsvereinbarungen einbezogen.

Durch spezielle Gastprofessuren wurden im Rahmen von Studienreformaßnahmen für Bachelorstudiengänge Kernkompetenzen zu „Gender“ in die Fächer Kunst und Musik, Lehrerbildung, Soziale Arbeit, Ökonomie, Naturwissenschaften und Technik sowie „Allgemeine Berufsvorbereitung“ aufgenommen.

13.2 Repräsentanz von Frauen innerhalb der einzelnen Qualifikationsstufen

Die positive Bilanz in den einzelnen Qualifikationsstufen wurde 2005 durch das Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten des „Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS)“ bestätigt. Berlin hat in der Gesamtbewertung der Länder 2005 die Spitzenposition erreicht. Bei den Hochschulen nimmt die Freie Universität den ersten Platz in der Gesamtbewertung ein, bei den künstlerischen Hochschulen ist es bislang die Hochschule für Schauspielkunst in Berlin.

Entwicklung der Frauenanteile in den Qualifikationsstufen im Vergleich 2004 / 2005*								
Hochschule	Studierende		Absolventen(innen)		Promotionen		Professoren(innen)***)	
	Frauen- Anteil 2005	Änderung in %-Punkten zu 2004	Frauen- Anteil 2005	Änderung in %-Punkten zu 2004	Frauen- Anteil 2005	Änderung in %-Punkten zu 2004	Frauen- Anteil 2005	Änderung in %-Punkten zu 2004
Unis gesamt	52%	1%-P	55%	-1%-P	39%	-1%-P	17%	1%-P
- FU	60%	1%-P	61%	0%-P	48%	-2%-P	19%	0%-P
- HU	57%	0%-P	61%	-1%-P	38%	2%-P	20%	2%-P
- TU	37%	-1%-P	41%	1%-P	28%	-1%-P	9%	-2%-P
FHS gesamt **)	40%	1%-P	40%	-2%-P			22%	3%-P
- TFH	27%	0%-P	31%	0%-P			17%	2%-P
- FHTW	39%	3%-P	38%	1%-P			18%	1%-P
- FHW*)	51%	0%-P	50%	-3%-P			27%	4%-P
- ASFH	74%	2%-P	75%	4%-P			52%	10%-P
- FHVR	66%	7%-P	39%	-9%-P			27%	3%-P
KHS gesamt	62%	2%-P	62%	1%-P			29%	1%-P
- UdK	64%	2%-P	63%	1%-P			28%	2%-P
- KHB	66%	2%-P	63%	-8%-P			25%	3%-P
- HfM	48%	1%-P	53%	1%-P			34%	1%-P
- HfS	50%	-3%-P	63%	4%-P			39%	-1%-P

*) Angaben für 2005 z.T. vorläufig, Rundungsdifferenzen möglich
) FHW ab 2004 incl. BA; *) inkl. Juniorprofessoren

Entwicklung der Frauenanteile in den Qualifikationsstufen (in %) im Vergleich 2000 - 2004																					
Hochschule		Studierende					Absolventen(innen)					Promotionen					Professoren(innen)				
		2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
Unis -ohne Medizin-	Ø Bund	49%	49%	50%	50%	51%	48%	49%	50%	51%	51%	30%	31%	31%	33%	34%	10%	10%	11%	12%	13%
	Ø Berlin	51%	52%	52%	52%	51%	48%	49%	52%	53%	52%	33%	35%	38%	41%	38%	11%	11%	13%	14%	15%
FHS	Ø Bund	37%	38%	39%	38%	38%	38%	39%	40%	43%	43%						11%	12%	12%	13%	14%
	Ø Berlin	42%	41%	42%	42%	41%	42%	45%	44%	44%	45%						16%	17%	19%	20%	20%
KHS	Ø Bund	56%	57%	57%	57%	57%	59%	57%	58%	59%	58%						22%	22%	24%	24%	24%
	Ø Berlin	58%	58%	59%	58%	58%	62%	60%	61%	64%	61%						24%	25%	26%	28%	29%

gem. Sonderauswertung StaBu, ICE - HIS

Zur Verbesserung der Repräsentanz von Frauen innerhalb der einzelnen Qualifikationsstufen hat die Freie Universität ein „Qualitätssicherungsverfahren für Berufungen“ etabliert, das die Empfehlungen des Wissenschaftsrates umsetzt.

Die Freie Universität und die Humboldt-Universität weisen im Jahr 2005 die höchsten Frauenanteile an Professoren(innen)¹ auf (HU:20 %; FU: 19 %). Der Frauenanteil der Technischen Universität liegt bei 9 %. Die bundesweite Zielstellung von 20 % kann demnach an der Humboldt-Universität als voll und an der Freien Universität als fast erreicht gelten. Der Erfolg der Humboldt-Universität geht insbesondere auf ihre diesbezüglichen Anstrengungen bei den Neuberufungen zurück.

Der Frauenanteil bei Promotionen liegt im Jahr 2005 an der Freien Universität bei 48 %. Im Vergleich zum Vorjahr ist er leicht gesunken. Zwar liegt der Frauenanteil der Humboldt-Universität im Vergleich dazu mit 38 % niedriger; gleichwohl weist er im Zeitvergleich ein kontinuierliches Wachstum auf. Der Frauenanteil an der Technischen Universität liegt bei 28 % und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. In diesem Zusammenhang sei daraufhingewiesen, dass die Technische Universität im Jahr 2001 einen Rückgang auf 19 % zu verzeichnen hatte, der sukzessive aufgeholt worden ist

¹ einschließlich Juniorprofessoren(innen)

Die Humboldt-Universität hat ebenso wie die Freie Universität mit rd. 61% einen relativ hohen Frauenanteil an Hochschulabsolventen(innen) vorzuweisen. Der entsprechende Wert der Technischen Universität liegt bei 41%. Im Vergleich zum Vorjahr kann die Technische Universität auf eine leichte Steigerung verweisen.

Der Frauenanteil an Studierenden beträgt an der Freien Universität 60%; an der Humboldt-Universität 57% und an der Technischen Universität 37%. Dabei zeigt sich eine leicht rückläufige Tendenz bei der Technischen Universität. Diesem Sachverhalt wird bereits durch entsprechende Maßnahmen für Studienanfänger(innen) gegengesteuert.

An den Fachhochschulen ist mit Ausnahme der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege die Erhöhung des Frauenanteils an den neuberufenen Professuren signifikant. An der Alice-Salomon-Fachhochschule wurden wie im Vorjahr ausschließlich Frauen berufen. Der Frauenanteil an den Professuren nähert sich damit an Technischer Fachhochschule und Fachhochschule für Technik und Wirtschaft sukzessive der bundesweiten Zielstellung von 20 %. Die Alice-Salomon-Fachhochschule hat mit inzwischen 52 % erstmals die Kappungsgrenze der leistungsbezogenen Mittelverteilung überschritten.

Die Universität der Künste und die künstlerischen Hochschulen haben ihr ohnehin fächergruppenspezifisch höheres Eingangsniveau in den einzelnen Qualifikationsstufen wiederum im Wesentlichen halten können. Rückläufigen Tendenzen bei den Professorinnen und weiblichen Studierenden an der Kunsthochschule Berlin (Weißensee) und Hochschule für Musik "Hanns Eisler" wurde inzwischen gegengesteuert. Die Hochschule für Musik hat zur gezielten Förderung von Studienanfängerinnen das drittmittelfinanzierte Mentoring-Programm „Brass Girls“ initiiert. Die Universität der Künste konnte bei Betrachtung des im Leistungsbericht jeweils gewünschten Zweijahresdurchschnitts (Eckdaten-Raster) in fast allen Qualifikationsstufen Verbesserungen erzielen.

13.3 Zielvereinbarungen

Zielvereinbarungen wurden an der Freien Universität und der Technischen Universität weiter professionalisiert. An der Freien Universität erstrecken sie sich durchgän-

gig von den Dekanaten auf die Institute. Die Technische Universität wird mit allen Fakultäten die zweite Runde der Fortschreibung der Zielvereinbarungen bis zum Ende des Sommersemesters 2006 abschließen. An der Humboldt-Universität ist der Abschluss von Zielvereinbarungen, wie bereits in vergangenen Berichtszeiträumen dargelegt, in laufende Evaluationsverfahren von Forschung und Lehre integriert. Der erwünschte Fortgang des Zielvereinbarungsprozesses wird hierdurch zeitlich und inhaltlich bestimmt. Freie Universität, Humboldt-Universität und Universität der Künste haben zur Umsetzung von Zielvereinbarungen das Anreizsystem der leistungsbezogenen Mittelverteilung durch ein hochschulinternes Anreizsystem aus früheren Jahren flankiert, wodurch die Mittel je nach Zielerreichungsgrad zweckgebunden für Frauenförderung an die Fachbereiche fließen.

Die Fachhochschule für Wirtschaft hat auf der Basis des von der HIS GmbH vorgelegten Konzepts für eine neue Fachbereichsstruktur durch Eingliederung der Berufsakademie Ende 2005 für alle Struktureinheiten Zielvereinbarungen für den Zeitraum 2006 bis 2007 abgeschlossen. An der Universität der Künste sollen neue Zielvereinbarungen nunmehr im Jahr 2006 entwickelt werden. An der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und den künstlerischen Hochschulen wurde der Abschluss von Zielvereinbarungen trotz Aufnahme in das System der Hochschulverträge nicht vorangebracht. Die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und die Hochschule für Musik begründen dies nach wie vor mit der Umsetzung qualifizierter Frauenförderrichtlinien bzw. Frauenförderpläne. Die Kunsthochschule Berlin (Weißensee) verzichtet im diesjährigen Leistungsbericht auf eine wiederholte Begründung. Keine Zielvereinbarungen hat die Alice-Salomon-Fachhochschule aufgrund ihrer Struktur (keine Fachbereiche).

14 Internationale Beziehungen / Internationalisierung der Hochschulen

14.1 Ausländische Studierende (Bildungsausländer)

Maßgeblich für die Einschätzung der Internationalisierung von Hochschulen ist der Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden. An der Freien Universität ist dieser leicht zurückgegangen (2004: 11 %; 2005: 10 %); an der Technischen Universität und der Humboldt-Universität ist er weitgehend gleich geblieben (HU: 11 %; TU: 16

%). Mithin hat sich der Anteil ausländischer Studierender an der Gesamtzahl der Studierenden an Universitäten nur unwesentlich verändert und liegt im Jahr 2005 bei rd. 13%. Allerdings belegte die Technische Universität mit einem Anteil von ca. 16 % ausländischer Studierender auch 2005 wieder deutschlandweit einen Spitzenplatz.

Für Fachhochschulen und Kunsthochschulen liegen in Bezug auf ausländische Studierende (Bildungsausländer) im Rahmen der Leistungsberichte keine validen Angaben der Hochschulen vor.

Mit Blick auf den Bundesdurchschnitt stellt sich die Entwicklung der Anteile der Bildungsausländer an Studierenden der Berliner Hochschularten wie folgt dar:

Entwicklung der Anteile von Bildungsausländern an Studierenden im Vergleich 2000 - 2004						
Hochschule		2000	2001	2002	2003	2004
Unis -o.Med.-	Ø Bund	8%	9%	10%	10%	11%
	Ø Berlin	11%	11%	12%	12%	13%
FHS	Ø Bund	4%	5%	5%	6%	6%
	Ø Berlin	5%	5%	5%	5%	5%
KHS	Ø Bund	14%	14%	15%	16%	17%
	Ø Berlin	10%	11%	12%	12%	13%

gem. Sonderauswertung ICE - HIS

14.2 Erhöhung des fremdsprachlichen Lehrangebots im Rahmen der Studiengänge

Die Freie Universität will bis 2010 ein Drittel ihrer Studiengänge auch teilweise in englischer Sprache anbieten, wofür noch die Voraussetzungen zu schaffen sind. Die Humboldt-Universität strebt insbesondere in den internationalen und auslandsorientierten Studiengängen die Integration fremdsprachlicher Lehrangebote an.

An der Technischen Fachhochschule ist für alle konsekutiven Masterstudiengänge ein Passus in die Studien- und Prüfungsordnungen eingefügt worden, dass die Stu-

dierenden in der Lage sein müssen, auch englischsprachigen Lehrangeboten zu folgen. Auch bei Berufungen ist Sprachkompetenz in Englisch eine Voraussetzung. Nach Überarbeitung ihres Sprachenangebots bietet die Technische Fachhochschule nunmehr Studierenden die Möglichkeit an, Sprachzertifikate zu erwerben, die sich am Europäischen Referenzrahmen orientieren.

An der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft ist der Fremdsprachenunterricht in allen Bachelor-Studiengängen Pflicht. Daneben werden in vielen Studiengängen fachliche Lehrveranstaltungen in englischer Sprache angeboten. Eine Besonderheit der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft ist das Angebot für den Erwerb des TORFL-Zertifikats für die russische Sprache.

14.3 Nutzung von Partnerschaften für die Förderung von Auslandssemestern und Auslandspraktika

Die bereits in den letzten Berichten ausführlich dargestellten Strategien zur Nutzung von Hochschulpartnerschaften für die Internationalisierung von Lehre, Studium und Forschung sind von den Hochschulen im Jahr 2005 weiter verfolgt worden.

Trotz schwieriger finanzieller Bedingungen haben die Hochschulen ihre Austauschaktivitäten inner- und außerhalb der EU-Mobilitätsprogramme weiter intensiviert. Eine Reihe von Hochschulpartnerschaften wurden 2005 neu etabliert. Das SOKRATES/ERASMUS-Programm hatte hierbei den größten Anteil, aber auch andere Finanzierungsquellen wurden fantasievoll genutzt. Hinsichtlich der Anzahl der Austauschstudierenden im Rahmen von SOKRATES/ERASMUS belegte die Humboldt-Universität bundesweit erneut den ersten Platz.

14.4 Verbesserung der internationalen Präsentation der Hochschulen

Die Hochschulen haben im Jahr 2005 ihre Bemühungen fortgesetzt, sich im Ausland zu präsentieren und ihre Attraktivität für leistungsfähige ausländische Studierende und Wissenschaftler zu erhöhen. Im Rahmen und außerhalb von GATE Germany (Guide to Academic Training and Education) haben sie sich erneut an internationalen Bildungsmessen beteiligt. Auch der Aufbau und die Weiterführung der durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst geförderten deutschsprachigen Studiengänge im Ausland sowie internationaler Studienprogramme, die zu Doppelabschlüs-

sen führen, haben die internationale Wahrnehmung der Berliner Hochschulen verbessert.

Alexander von Humboldt-Stipendiaten (AvH) und -Preisträger sind ein wichtiger Indikator für die Attraktivität und auch die Qualität internationaler Kooperationen der Gasteinrichtungen. Die Freie Universität und die Humboldt-Universität sind beliebte Zielorte für AvH-Stipendiaten. Im "AvH-Ranking" belegen beide Hochschulen vordere Plätze, insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften (Plätze 1-2). Aber auch in den Naturwissenschaften sind sie gefragte Gastgeber (Plätze 5-6). In der Mathematik ist die Humboldt-Universität besonders stark (Platz 1). Die Technische Universität Berlin belegt bei den Ingenieurwissenschaften den 8. Platz. Ohne Berücksichtigung von Fächergruppen liegen Freie Universität und Humboldt-Universität auf beachtlichen Plätzen 2 und 3.

Die Fachhochschulen weisen bei den internationalen Kooperationsprojekten eine Steigerung auf. Sie sind von der Zahl her beachtlich und ein Zeichen für internationales Profil der Fachhochschulen.

15 Leistungen der Hochschulen im Blick von außen

15.1 Entwicklung nach neuen Rankings

Die Berliner Hochschulen nehmen im nationalen und internationalen Ranking einen durchaus guten Platz ein.

Die Stärken der Freien Universität und der Humboldt-Universität in der Forschung wird durch die einschlägigen Rankings (Centrum für Hochschulentwicklung - CHE -: FU Platz 9 und HU Platz 6 sowie FOCUS: FU Platz 7 und HU Platz 6) bewiesen. Auch das Times Higher Education Supplement weist der Freien Universität und der Humboldt-Universität einen Spitzenplatz zu. Bestätigt wird diese positive Einschätzung auch durch die gute Platzierung der Freien Universität und der Humboldt-Universität in den Förder-Rankings der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, des Deut-

schen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) sowie weiterer Stipendien-Geber, wie z. B. der Fulbright-Stiftung.

Im Ranking des Magazins FOCUS zählt auch die Technische Universität in den Fächern Mathematik und Informatik zu den TOP-TEN. Sie hat ihre Spitzenposition in den Naturwissenschaften weiter ausbauen können.

Für die Berliner Fachhochschulen gilt nach wie vor, dass die ingenieurwissenschaftlichen Fachhochschulen (Technische Fachhochschule und Fachhochschule für Technik und Wirtschaft) zu den führenden Fachhochschulen in Deutschland gehören. Dies gilt insbesondere für die vielfältigen Preise und Auszeichnungen, die diese Hochschulen erworben haben. Auch die Fachhochschule für Wirtschaft ist im Ranking der Fachhochschulen gut vertreten (Ranking WIRTSCHAFTSWOCHE: 6. Platz, Ranking DIE ZEIT: Platz1 und Platz 2). Im Besonderen ist auf die Studie „Kundenorientierung von MBA-Anbietern im deutschsprachigen Raum“ hinzuweisen. Hiernach wurde die Fachhochschule für Wirtschaft Testsieger mit ihren fünf akkreditierten MBA-Studiengängen.

Besonders erfreulich ist das gute Abschneiden des Studienganges „Soziale Arbeit“ der Alice-Salomon-Fachhochschule im Ranking des CHE.

Die Berliner Kunsthochschulen und die Universität der Künste leisten einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Vielfalt des Berliner kulturellen Lebens. Sie präsentieren sich durch hochschulöffentliche Aufführungen und Konzerte auf hohem Niveau, auch in Kooperation mit Berliner Bühnen und Konzerthäusern. Dieses Niveau spiegelt sich auch in einer außerordentlich hohen Zahl an nationalen und internationalen Preisverleihungen an Studierende und Absolvent/innen und in der Vergabe von Stipendien wider. Des weiteren bereichern sie die Kunstszene mit zahlreichen Ausstellungen in der Malerei, Bildhauerei und im Design.

15.2 Aktueller Stand der Auswertung des überregionalen Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleichs der HIS GmbH

Die Berliner Hochschulen beteiligen sich seit Jahren erfolgreich am überregionalen Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich (AKL) der Hochschul-Informations-

System (HIS) GmbH. Dieser wird von der HIS GmbH alle zwei Jahre erstellt. Mit den Hochschulverträgen für die Jahre 2006 bis 2009 ist mit den Hochschulen die Fortführung ihrer Beteiligung am AKL vereinbart worden (§ 8 Abs. 4). Damit wird eine Kontinuität in der Leistungskontrolle gewährleistet. Die Datenlage des überregionalen Vergleichs der HIS eröffnet den Berliner Hochschulen zudem die Möglichkeit, aufgrund hochschulinterner Stärken-Schwächen-Analysen auch auf gezielte Leistungssteigerungen hinzuwirken. Hiervon machen die Hochschulen rege Gebrauch.

Dem Wissenschaftsausschuss wurde im Juli 2005 eine Auswertung des überregionalen Vergleichs der Universitäten (HIS-Bericht 175, März 2005, Datenlage 2002) übersandt. Diese enthielt auch eine Zusammenfassung der Stärken und Schwächen (S. 38 ff). Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Berliner Universitäten bei den nachfrageorientierten Kennzahlen kostengünstig abschneiden. Was den Studienerfolg betrifft, so zeigen sich jedoch im Vergleich zu den anderen beteiligten Universitäten unterdurchschnittliche Ergebnisse. In der nachfolgenden Tabelle sind die Eckdaten der überregionalen Vergleichs der Universitäten dargestellt.

Eckdaten des überregionalen Vergleichs der Universitäten (Datenlage 2002)*		Durchschnitt der Berliner Universitäten	Durchschnitt der am AKL insgesamt beteiligten Universitäten
Angebot ↔ Nachfrage	Lehrkosten für die Dauer der Regelstudienzeit je Studienplatz	16 T€	14 T€
	Auslastung	108%	88%
	Lehrkosten für die Dauer der Regelstudienzeit je Studierendem in der Regelstudienzeit	15 T€	16 T€
Nachfrage ↔ Erfolg	Lehrkosten für die Dauer der Regelstudienzeit je Studierendem in der Regelstudienzeit	15 T€	16 T€
	Erfolgsquote	44%	47%
	Lehrkosten je Absolvent (zeitlicher Bezug: Dauer des absolvierten Studiums)	34 T€	34 T€
Drittmittelerfolg	Drittmittelausgaben je Professor	114 T€	100 T€
	Anteil der DFB-/SFB-Mittel an Drittmitteln insgesamt	41%	36%
	DFG-/SFB-Mittel je Professor	47 T€	36 T€

*Hochverdichtung der in den AKL einbezogenen fachlichen Einheiten; eigene Berechnungen, Ergebnisse gerundet

Der aktuelle HIS-Bericht zu den Fachhochschulen bezieht erstmals auch die Berliner Fachhochschulen ein. Mithin können so zum ersten Mal auch die Erfolge und Leistungsvorsprünge der Berliner Fachhochschulen transparent gemacht werden. Für die Fachhochschulen wurde dem Wissenschaftsausschuss mit Schreiben vom 24. Mai 2006 ebenfalls eine Auswertung der Ergebnisse des überregionalen Vergleichs der Fachhochschulen (HIS-Bericht, Februar 2006, Datenlage 2003/2002) übersandt.

Die Struktur der Auswertung lehnt sich eng an die des Universitätsvergleichs an. Auch der Fachhochschulbericht enthält somit ebenfalls eine Darstellung der Stärken und Schwächen der Berliner Fachhochschulen (S. 34 ff). Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Berliner Fachhochschulen im Bereich der Lehre sowohl was die Kosten als auch den Erfolg betrifft, besser abschneiden als die anderen am AKL beteiligten Fachhochschulen. Das Ergebnis der Kennzahl Drittmittel je Professor als einem Indikator für Forschungsleistungen hingegen erscheint als steigerungsfähig. Die nachfolgende Tabelle erlaubt einen Überblick über die Eckdaten des überregionalen Vergleichs der Fachhochschulen.

Eckdaten des überregionalen Vergleichs der Fachhochschulen (Datenlage 2003/2002)*		Durchschnitt der Berliner Fachhochschulen	Durchschnitt der am AKL insgesamt beteiligten Fachhochschulen
Angebot ↕ Nachfrage	Lehrkosten für die Dauer der Regelstudienzeit je Studienplatz	16 T€	20 T€
	Auslastung	87%	90%
	Lehrkosten für die Dauer der Regelstudienzeit je Studierenden in der Regelstudienzeit	18 T€	22 T€
Nachfrage ↕ Erfolg	Lehrkosten für die Dauer der Regelstudienzeit je Studierenden in der Regelstudienzeit	18 T€	22 T€
	Erfolgsquote	80%	67%
	Lehrkosten je Absolvent (zeitlicher Bezug: Dauer des absolvierten Studiums)	23 T€	33 T€
Drittmittel- erfolg	Drittmittelausgaben je Professor	7 T€	10 T€
	Forschungsanteil	7%	8%

*Hochverdichtung der in den AKL einbezogenen fachlichen Einheiten; eigene Berechnungen, Ergebnisse gerundet

16 Ergebnisse der Hochschulen im Rahmen der leistungsbezogenen Mittelbemessung

16.1 Entwicklung und Funktionsweise

Das in den Hochschulverträgen verankerte System der leistungsbezogenen Mittelbemessung ist seit 2002 wirksam. Bei der aktuellen Rechnung für den Zuschuss 2006 handelt es sich um den insgesamt fünften Durchlauf. Vertraglich vereinbarter Berichtszeitpunkt hierfür war der 01.12.2005.

Im Jahr 2004 wurde das Berliner Mittelbemessungssystem von der Hochschul-Informationen-System (HIS) GmbH im Ergebnis positiv evaluiert. Nach Einschätzung der HIS kann es „tatsächlich als Modell der leistungsbezogenen Mittelzuweisung gelten: Sämtliche Indikatoren messen Leistungen im weiteren Sinn“. Die Optimierungsempfehlungen der HIS GmbH wurden bei der Fortschreibung der Architektur des Mittelbemessungssystems im Rahmen der Hochschulverträge für 2006 bis 2009 weitgehend umgesetzt.

Da nach den Verträgen 2006 bis 2009 das fortgeschriebene System bereits auf die 2005 zu berichtende Verrechnung Anwendung findet, wird im Folgenden kurz die Weiterführung des Systems dargestellt:

Zur Steigerung der Anreizwirkung des Systems haben die Vertragspartnern im aktuellen Hochschulvertrag vereinbart, dass der Anteil der einbezogenen Hochschul-Zuschüsse deutlich erhöht wird (von 15% im Jahr 2005 auf 30% im Jahr 2009). Bei den Universitäten entfällt zudem ab 2006 die Kappungsgrenze, allerdings bei stetigem Aufwuchs des Prozentsatzes für den Budgetanteil (2006: 20%, 2007: 25%; 2008 und 2009: 30%). Den Fachhochschulen wird für 2006 letztmalig die Schutzwirkung einer Verlust-Kappungsgrenze in Höhe von 10% gewährt, allerdings beträgt der Prozentsatz für den Budgetanteil bereits ab 2006 konstant 30% (2006 bis 2009: 30%). Allein den Kunsthochschulen wurde noch für die insgesamt vierjährige Vertragslaufzeit eine Kappungsgrenze für Verluste in Höhe von 10% zugestanden. Dies trägt der fehlenden Erfahrung der Kunsthochschulen mit der leistungsbezogenen Mit-

telbemessung Rechnung. Diese sind de facto erst seit 2005 in das System der leistungsbezogenen Mittelbemessung einbezogen.

Bei den Universitäten wurde mit der auf vier Jahre befristeten Erhöhung des Leistungsbereichs Lehre (von bisher 47,5% auf 50%) zu Lasten der Forschung (nunmehr 45%) zudem ein deutlicher Schwerpunkt auf Leistungssteigerungen in der Lehre gesetzt. Dies gilt insbesondere im Zusammenwirken mit der Erhöhung des Budgetanteils (von 20% im Jahr 2006 auf 30% ab 2008) und mit dem Wegfall der Kappungsgrenze. Die nachfolgende Tabelle stellt die Kernpunkte der aktuellen vertraglichen Regelungen für das System der leistungsbezogenen Mittelbemessung in Berlin dar:

Leistungsbezogenes Mittelbemessungsmodell (MBM)				
Kernpunkte - gem. Hochschulvertrag für 2006 - 2009 -		Universitäten (FU, HU, TU)	Fachhochschulen (TFH, FHTW, FHW, ASFH, FHVR)	Kunsthochschulen (UdK, KHB, HfM, HfS)
%-Satz MBM	2006	20%	30%	20%
	2007	25%	30%	25%
	2008	30%	30%	30%
	2009	30%	30%	30%
%-Satz Kappungs- grenze für Verluste	2006	-	10%	10%
	2007	-	-	10%
	2008	-	-	10%
	2009	-	-	10%
Fächergruppen MBM		Geisteswissenschaften/ Sozialwissenschaften	Sozialwissenschaften/ Wirtschaftswissenschaften	Bildende Kunst/ Gestaltung
				Musik
		Naturwissenschaften/ Ingenieurwissenschaften*	Technische Wissenschaft/ Gestaltung	Darstellende Kunst
Leistungs- bereiche (%-uale Verteilung)	Lehre	50%**	80%	80%
	Forschung/ Nachwuchs- förderung	45%	15%	15%
	Gleichstellung	5%	5%	5%

* Im Bereich der FG Ing haben sich die Vertragspartner darauf verständigt, die Frauenanteile in der TU um den Faktor zwei höher zu gewichten, um den Besonderheiten dieser FG im Hinblick auf die Studierneigung von Frauen Rechnung zu tragen. Korrespondierend hierzu ist die Behandlung der ingenieurwissenschaftlichen Drittmittel der TU mit einem festen Gewichtungsfaktor von 0,8 für die Vertragslaufzeit zu sehen.

**Die Vertragspartner haben sich darauf verständigt, dass insbesondere bei den Universitäten der Aspekt der Lehre gesteigert werden soll. Dem dient die auf vier Jahr befristete höhere Gewichtung des Leistungsbereichs Lehre von bisher 47,5 auf 50% zu Lasten des Forschungsbereichs.

16.2 Ergebnisse der Hochschulen im Rahmen der leistungsbezogenen Mittelbemessung für den Zuschuss 2006

Die von den Hochschulen vorgelegten Berechnungen für den Zuschuss 2006 (Berichtspflicht der Hochschulen zum 01.12.2005) weisen die nachfolgend genannten Gewinne bzw. Verluste für die Hochschulen jeweils insgesamt aus:

Spalte	(1)	(2)	(3)	(4) = (3) x (2)	(5)	(6)	(7) = (6) / (4)	(8)	(9) = (8) / (4)
System der leistungsbezogenen Mittelbemessung ⁰⁾ 2006	Zuschuss-bereinigt- ¹⁾ in T€	% -Satz MBM	Verteilungsmasse Mittelbemessung in T€	(End-)Kappungsgrenze für Verluste in %	Gewinn- und Verlust (GuV)-Situation -vor Endkappung der Verluste-		Gewinn- und Verlust (GuV)-Situation -nach Endkappung der Verluste-		
					absolut in T€	in % bezogen auf Vert.masse MBM	absolut in T€	in % bezogen auf Vert.masse MBM	
Unis ²⁾	FU	185.759	20%	37.152	-	826	2%	826	2%
	HU	149.442		29.888		-592	-2%	-592	-2%
	TU	184.398		36.880		-233	-1%	-233	-1%
	Σ	519.599		103.920					
FHS ³⁾	ASFH	6.255	30%	1.877	10%	44	2%	44	2%
	FHW	16.510		4.953		123	2%	123	2%
	FHTW	35.245		10.573		-202	-2%	-202	-2%
	TFH	41.173		12.352		10	0%	10	0%
	FHVR	5.803		1.741		26	2%	26	2%
	Σ	104.986		31.496					
KHS ⁴⁾	UdK	38.202	20%	7.640	10%	103	1%	103	1%
	KHB	5.831		1.166		-31	-3%	-31	-3%
	HfM	7.670		1.534		-56	-4%	-56	-4%
	HfS	5.362		1.072		-16	-2%	-16	-2%
	Σ	57.066		11.413					
Gesamt	681.651	22%	146.829						

⁰⁾ Rundungsdifferenzen möglich

¹⁾ um Sondertatbestände bereinigt

²⁾ korrigierte Ergebnisse gem. Schreiben HU 06/2006

³⁾ vertragsgemäß von den FHS mit der HIS GmbH erarbeitete Berechnung; LBMV 2006 FHS: Berechnung und Dokumentation, Bericht der HIS GmbH - März 2006

⁴⁾ vertragsgemäß von den KHS mit der HIS GmbH erarbeitete Berechnung; LBMV 2006 Künstlerische Hochschulen: Berechnung und Dokumentation, Bericht der HIS GmbH - März 2006

Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die Gewinne bzw. Verluste der Hochschulen differenziert nach Leistungsbereichen darstellen:

Gewinn- und Verlustsituation 2006 nach Leistungs- bereichen (in T€)*		Gesamt	nach Leistungsbereichen		
			Lehre	Forschung	Gleichstellung
Unis	FU	826	341	398	87
	HU	-592	-732	229	-90
	TU	-233	391	-627	3
FHS	ASFH	44	-91	66	68
	FHW	123	281	-136	-22
	FHTW	-202	10	-123	-90
	TFH	10	-256	186	79
	FHVR	26	56	6	-35
KHS	UdK	103	-79	210	-28
	KHB	-31	-4	-42	15
	HfM	-56	70	-135	9
	HfS	-16	13	-33	3

* G/V-Situation vor Verlustkappung ist mit G/V-Situation nach Verlustkappung identisch, da bei den FHS und KHS die Verlustkappungsgrenze nicht wirksam wird; Rundungsdifferenzen möglich

Das Ergebnis der relativ geringfügigen Umschichtungen zeigt die relative Leistungsdichte der Berliner Hochschulen und hier insbesondere die der Universitäten und ist auch ein Ergebnis des Wettbewerbs. Die Hochschulen haben die Leistungsparameter angenommen und in die Arbeitsebenen der Hochschulen übertragen.

Universitäten

- Das gute Abschneiden der Freien Universität (rd. 800 T€) speist sich aus Erfolgen in allen drei Leistungsbereichen (Lehre: 341 T€; Forschung: 398 T€ und Gleichstellung: 87 T€)
- Die Verluste der Humboldt-Universität (rd. -600 T€) resultieren insbesondere aus dem negativen Abschneiden in der Lehre (-732 T€), aber auch aus dem Bereich der Gleichstellung (-90 T€). Der Erfolg in der Forschung (229 T€) federt den Verlust der beiden vorgenannten Bereichen ab.

- Die Verluste der Technischen Universität (rd. -200 T€) basieren auf ihrem deutlich negativen Abschneiden in der Forschung (-627 T€). Die Erfolge in der Lehre (391 T€) und der Gleichstellung (3 T€) können diesen Verluste weder ausgleichen noch überkompensieren.

Fachhochschulen

- Die Fachhochschule für Wirtschaft hat mit 123 T€ den höchsten Gesamtgewinn an den Fachhochschulen erzielt. Dieser basiert auf Erfolgen in der Lehre (281 T€), wird aber durch Verluste im Bereich der Forschung (-136 T€) und der Gleichstellung (-22 T€) gemindert.
- Das positive Gesamt-Ergebnis der Alice-Salomon-Fachhochschule (44 T€) geht auf Erfolge in der Forschung (66 T€) und der Gleichstellung (68 T€) zurück. Die Verluste in der Lehre fallen mit -91 T€ zwar deutlich aus, führen aber im Gesamtergebnis nur zu einer Minderung des positiven Ergebnisausweises.
- Der Gesamtgewinn der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (26 T€) geht auf Erfolge im Bereich der Lehre (56 T€) und der Forschung (6 T€) zurück. Allerdings muss die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege deutliche Mitteleinbußen im Bereich der Gleichstellung (-35 T€) tragen. Diese führen insgesamt zu einer Abschwächung des Gesamtgewinns.
- Die Technische Fachhochschule weist insgesamt ein positives Ergebnis von rd. 10 T€ aus. Dabei kann die Technische Fachhochschule im Bereich der Forschung (186 T€) und der Gleichstellung (79 T€) ein deutlich positives Abschneiden vorweisen. Dieses wird aber durch die Verluste in der Lehre (-256 T€) stark abgeschwächt.
- Die Verluste der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft ergeben sich aus dem negativen Abschneiden im Bereich der Forschung (-123 T€) und der Gleichstellung (-90 T€). Allein im Leistungsbereich Lehre sind Gewinne (10 T€) zu verzeichnen. Diese können den Verlustausweis aber nur leicht abmildern.

Kunsthochschulen

- Alleinige Gewinnerin bei den künstlerischen Hochschulen ist die Universität der Künste mit rd. 100 T€. Die Gewinne der Universität der Künste lassen sich jedoch nur auf Erfolge in der Forschung (210 T€) zurückführen. Im Bereich der Lehre (-79 T€) und der Gleichstellung (-28 T€) sind Verluste zu verzeichnen.

- Die Verluste der Hochschule für Musik (-56 T€) und der Hochschule für Schauspielkunst (-16 T€) gehen jeweils nur auf das negative Abschneiden in der Forschung (HfM: -135 T€; HfS: -33 T€) zurück. Gewinne in Lehre (HfM: 70 T€; HfS: 13 T€) und der Gleichstellung (HfM: 9 T€; HfS: 3 T€) mildern diese jedoch.
- Die Kunsthochschule Berlin (Weißensee) verliert sowohl in der Lehre (-4 T€) als auch in der Forschung (-42 T€). Allein im Bereich der Gleichstellung schneidet sie mit 15 T€ positiv ab.

17 Bewertung der Leistungen durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur

17.1 Einschätzung der Leistungen des Jahres 2005

Die Erfahrung aus den Leistungsberichten der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass Veränderungen bei den einzelnen Bewertungsgegenständen nur graduell erfolgen. Für das Jahr 2005 kann festgestellt werden, dass die im Leistungsbericht für das Jahr 2004 auf Seite 61 ff (Drucksache 15/4142) dargestellten Stärken der Berliner Hochschulen jedenfalls gehalten, teilweise auch verbessert wurden.

Die dort ebenfalls dargestellten Schwächen haben dazu geführt, dass sich die Hochschulen diesen Problemen gewidmet haben. Allerdings ist ein Erfolg im Jahresabstand nur graduell feststellbar.

Dennoch sei für das Jahr 2005 auf folgende Stärken und Leistungen der Berliner Hochschulen zusammenfassend in den wesentlichen Punkten hingewiesen:

- 1) Die Universitäten und die Fachhochschulen haben im Rahmen des Bologna-Prozesses die neue Struktur der Studiengänge energisch vorangebracht und sind bundesweit auf den vorderen Rängen bei der Umwandlung der Studiengänge (Seite 20 ff).
- 2) In diesem Zusammenhang stellt die Fortschreibung der Studienplätze mit der Umstellung auf die Eingangskapazität bei den Universitäten mit der Verbesserung der Betreuung in den Bachelor-Studiengängen und der gleichzeitigen

weitestgehenden Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten eine wesentliche Leistung dar (Seite 14 ff).

- 3) Die vier lehrerbildenden Universitäten haben mit der Bildung von Zentren für die Lehrerbildung ihre Vertragspflicht zügig erfüllt (Seite 19 f).
- 4) Die Universitäten haben ihre Kapazität in der Forschung durch Beteiligung und den bisherigen Erfolg in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder eindrucksvoll unter Beweis gestellt. In diesem Zusammenhang ist auch das erreichte Drittmittelvolumen zu nennen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass die Anzahl der Professoren und Professorinnen insgesamt zurückgegangen ist. (Seite 28 ff).
- 5) Die Berliner Hochschulen haben in der Gleichstellung weitere Anstrengungen unternommen und haben damit ihren Vorsprung auch bundesweit gehalten bzw. ausgebaut (Seite 40 ff).
- 6) Die Universitäten fördern den wissenschaftlichen Nachwuchs durch weiteren Ausbau der Juniorprofessuren. Hier ist insbesondere die Humboldt-Universität hervorzuheben (Seite 34 ff).
- 7) Die Bewertungsparameter Regelstudienzeit, Erfolgsquote und Einnahmen aus Weiterbildung sind auch im Jahre 2005 gestiegen (Seite 23 ff).
- 8) Die Universität der Künste und die Hochschule für Musik haben durch die Gründung des Jazz-Instituts Berlin die Empfehlung der Expertenkommission vollzogen und damit ihre Vertragspflicht zügig erfüllt (Seite 7 f).
- 9) Die drei kleinen Kunsthochschulen haben mit der vertraglichen Einrichtung von drei Verwaltungsservicezentren ein neues Modell der Verwaltungskooperation bei Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit und ihres Profils installiert (Seite 9).

10) Auch im Jahr 2005 zeigt sich, dass die Ergebnisse der Beteiligung der Berliner Universitäten und Fachhochschulen am Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich mit den Hochschulen der norddeutschen Bundesländer in den Hochschulen verstärkt genutzt werden, um die Leistungsparameter innerhalb der Hochschule mit den Fachbereichen und Organisationseinheiten zum Gegenstand von Leistungsbewertung zu machen (Seite 48 ff).

Was die noch vorhandenen Schwächen der Hochschulen betrifft, sind folgende Punkte zu nennen:

- 1) Auch bedingt durch die Absenkung der Budgets an den Universitäten besteht nach wie vor ein erheblicher Personalüberhang. Daraus folgt auch der nach wie vor unzureichende Stand der Umsetzung der Strukturpläne in der Besetzung des Soll-Stellenplans (Seite 2 ff).
- 2) Für die Zusammenarbeit der drei Universitäten und der Universitätsmedizin - Charité im Bereich von Public Health liegt noch kein in sich geschlossenes Konzept vor. Allerdings ist auf die laufenden Gespräche zwischen den beteiligten Hochschulen hinzuweisen (Seite 13 f).
- 3) Leider haben es die an der Multimedia-Hochschulservice GmbH beteiligten Hochschulen nicht vermocht, ein gemeinsames tragfähiges Konzept in ihrer Funktion als Gesellschafter der GmbH zu schaffen. Dies muss als ein Misserfolg bewertet werden. Hierzu wurde dem Hauptausschuss gesondert berichtet (Seite 27).
- 4) Zwar haben sich die drei großen Universitäten zügig und mit Engagement einer gemeinsamen Wahrnehmung der Aufgaben eines Facility-Managements gewidmet. Das Ergebnis steht jedoch noch aus. Darüber wird gesondert berichtet werden.
- 5) Die Promotionsquote von Absolventen und Absolventinnen der Fachhochschulen ist zwar leicht gestiegen, bleibt aber nach wie vor unbefriedigend. Die

Gespräche zwischen den Hochschulen und der Senatsverwaltung hierzu werden fortgesetzt (Seite 36 f).

- 6) Im Kunsthochschulbereich ist die Gründung einer gemeinsamen "Opernschule" zwischen Universität der Künste und Hochschule für Musik sowie die Gründung einer gemeinsamen Einrichtung für das Weiterbildungsangebot der vier Kunsthochschulen noch nicht recht vorangekommen. Auch hier werden die Gespräche zwischen den Hochschulen und mit der Senatsverwaltung fortgeführt (Seite 8).

17.2 Gesamtschau der Erfüllung der Verträge 2003 - 2005

17.2.1 Verträge als Steuerung

Steuerung auf Distanz ist das Motto der Berliner Hochschulpolitik seit 1996. An die Stelle einer Durchführungskontrolle tritt eine Erfolgskontrolle, die auf Autonomie und Wettbewerb basiert. Nach wie vor gelten in Berlin staatliche Ziele der Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Insofern gibt es auch weiterhin eine staatliche Hochschulsteuerung. Gleichwohl ist diese Steuerung verbunden mit dem Nachweis von erbrachten Leistungen und Aufgaben der Hochschulen. Die vertragliche Vereinbarung mit den Hochschulen bleibt stets verbunden mit den Zielen und den Budgets der jeweiligen Hochschulen und begründet Planungssicherheit bei weitreichender Hochschulautonomie. Die Hochschulverträge leisteten zugleich eine Konsolidierung des Landeshaushaltes. Die damit verbundenen Ressourcenbeschränkungen der Hochschulen sorgten für erheblichen Konfliktstoff.

Allgemein bieten die Hochschulverträge ein umfassendes Zielvereinbarungssystem, deren Hauptelemente sind:

- das System der leistungsbezogenen Mittelbemessung
- der Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich im Norddeutschen Verbund (HIS GmbH) und
- die jährlichen Leistungsberichte der Hochschulen gegenüber dem Abgeordnetenhaus von Berlin.

Bereits 1997 wurden auf der Grundlage des Haushaltsstrukturgesetzes erstmals Rahmenverträge mit den Hochschulen geschlossen. Ursprung dieser Verträge war das Gebot, den Haushalt zu konsolidieren und die Hochschulen erklärten sich dazu bereit. Sie erhielten für einen mehrjährigen Zeitraum eine verbindliche Finanzierung über Globalzuschüsse. Das Land Berlin und die Hochschulen betreten damit Neuland, dies hat auch in anderen Ländern der Bundesrepublik Schule gemacht.

Von 1997 bis 2000 sanken die Zuschüsse an die Berliner Hochschulen. Das Land Berlin verzichtete auf haushaltswirtschaftliche Eingriffe und die Hochschulen verpflichteten sich auf eine Strukturplanung. Es ging um den geordneten Rückbau der Berliner Hochschulen von ursprünglich 115.000 auf 85.000 Studienplätze. Darüber hinaus verpflichteten sich die Hochschulen zu einzelnen Reformschritten insbesondere im Bereich der Gestaltung des Studiums.

Für die Jahre 2001 und 2002 wurden die Hochschulverträge mit sogenannten Ergänzungsverträgen fortgeschrieben. Vor allem im Bereich der Studienreform enthielten die Ergänzungsverträge für die Hochschulen neue Verpflichtungen. Daneben verpflichteten sich die Hochschulleitungen, Zielvereinbarungen mit den Fakultäten/Fachbereichen abzuschließen. Intern verpflichteten sich die Hochschulen, Zielvereinbarungen über die Verteilung von Fakultäts- und Fachbereichsmitteln nach Leistungskriterien zu gestalten. Wie auch das Land Berlin haben sich die Hochschulen verpflichtet, eine Kostenrechnung und Leistungsbewertung einzuführen. Erstmals wurde in den Ergänzungsverträgen auch ein Katalog von Maßnahmen vereinbart, um Frauen in der Wissenschaft zu fördern.

In den Hochschulverträgen 2003 bis 2005 verpflichteten sich die Hochschulen zu einer Fortschreibung ihrer Strukturplanung unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und von weiteren Expertenkommissionen. Ein Vertragscontrolling wurde eingeführt und die Hochschulen wurden verpflichtet, jeweils zum 30. April eines Jahres Leistungsberichte vorzulegen, die dem Abgeordnetenhaus von Berlin zur Kenntnis zu geben sind. Alle Berichte sollten Auskunft geben über den Stand der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen sowie Daten über die Belastungen und Leistungen der Hochschulen. Bereits im Jahre 2002 wurde ein System parametergestützter leistungsbezogener Mittelzuweisung vereinbart. Über das Sys-

tem der leistungsbezogenen Mittelbemessung wurde seit 2003 regelmäßig berichtet. Daneben enthielten die Verträge weitere Verpflichtungen im Rahmen der Reform des Studienangebots (Modularisierung der Diplom- und Magisterstudiengänge, Einführung eines Leistungspunktsystems (ECTS) sowie die Einführung von gestuften Studiengängen mit den Abschlüssen Bachelor und Master und deren Evaluation). Auch im Bereich des geschlechtsspezifischen Benachteiligungsausgleichs wurde eine Verpflichtung der Hochschulen aufgenommen, den Anteil der Frauen innerhalb der einzelnen Qualifikationsstufen dem der jeweils vorangegangenen Stufe anzupassen. Besonders erwähnenswert sind im Rahmen dieses Hochschulvertrages das sogenannte Professurenenerneuerungsprogramm sowie die Schaffung eines Fachhochschulstrukturfonds.

In Folge der Notsituation des Haushaltes des Landes Berlin kam es aufgrund der Feststellung des Senats von Berlin vom 5. November 2002 zur Haushaltsnotlage zu einer besonderen Situation für die Hochschulverträge. Die Hochschulverträge mussten nachverhandelt werden. Im Ergebnis sollten die Hochschulen einen Konsolidierungsbeitrag von 75 Mio Euro dauerhaft erbringen.

Seit Oktober 2004 wurde mit den Hochschulen die Verträge 2006 bis 2009 verhandelt. Die Universitäten werden in den Jahren 2006 bis 2009 einen Konsolidierungsbeitrag von 75 Mio Euro plafondsenkend zu Gunsten des Landeshaushaltes einsparen. Zusätzlich hatten sich die Universitäten verpflichtet, in den Jahren 2004 und 2005 einmalig 54 Mio Euro zu Gunsten der Konsolidierung des Landeshaushaltes zu leisten. Mit den Hochschulverträgen 2006 bis 2009 wurde, wie in den Vorverträgen, auf einen Haushaltsvorbehalt verzichtet. Im Rahmen dieses Vierjahreszeitraumes können die Hochschulen aufgrund ihres Globalbudgets weitgehend selbständig bestimmen, für welche Zwecke die Mittel konkret eingesetzt werden. Die bereits oben erwähnte leistungs- und belastungsorientierte Mittelvergabe stellt auch hochschulintern ein wesentliches Steuerungsinstrument dar. Dazu kommen weitere Mittelverteilungsverfahren wie zum Beispiel

- Zielvereinbarungen mit den Fachbereichen/Fakultäten für den Turnus von jeweils zwei Jahren
- Mittelzuweisungen im Rahmen von Berufungs- und Bleibeverhandlungen

- Mittel zur Initiierung von Forschungsvorhaben.

Angesichts sinkender staatlicher Zuschüsse sehen sich alle Hochschulen gezwungen, über die Notwendigkeit einer Effektivitäts- und Effizienzsteigerung des Mitteleinsatzes und über die Bündelung von Ressourcen nachzudenken. Auf der Basis einer Stärken-Schwächen-Analyse sämtlicher Fachdisziplinen sowie einer Analyse der besonderen Kompetenzen des wissenschaftlichen Personals sind seitens der Hochschulen Schwerpunktbereiche zu identifizieren. Mit dem Clusterprozess werden Strukturen an den Hochschulen entwickelt und erprobt, die die tradierten wissenschaftlichen Disziplinen überwinden, interdisziplinär vernetzen und somit Effizienzgewinne im Rahmen von Forschung und Lehre erbringen. Hierbei gewinnt die Kooperation mit außeruniversitären Institutionen und Einrichtungen der Berliner Wirtschaft zunehmend an Bedeutung.

Hochschulverträge und Zielvereinbarungen haben bisher im Wesentlichen dazu beigetragen, die Hochschulleitungen und die Dekane zu stärken. Es kommt darauf an, in einem konsensualen Prozess die Zielvereinbarungen für alle Gruppen der Hochschulen fruchtbar zu machen und den bisherigen top-down-Prozess in einen bottom-up-Prozess umzuwandeln und die Qualitätssicherungsmaßnahmen und das Controlling zu einer ständigen Aufgabe aller in der Wissenschaft Beschäftigten zu entwickeln.

17.2.2 Fachhochschul-Strukturfonds

Die Einrichtung des Fachhochschulstrukturfonds kann als ein Erfolg betrachtet werden, der auch, was die zeitliche Anlage über vertraglich verabredete 15 Jahre betrifft, in anderen Bundesländern kein Beispiel hat. Damit wurde auch die Empfehlung des Wissenschaftsrats aus dem Jahr 2000 umgesetzt, den Anteil der Fachhochschulkapazitäten in Berlin in relevantem Umfang zu erhöhen. Der wesentliche Beitrag der Universitäten besteht darin, dass der Fachhochschul-Strukturfonds weiter geführt wird, obwohl mit den Verträgen 2006 bis 2009 die Universitäten erheblich zur Konsolidierung des Landeshaushalts durch Absenkung der Hochschulplafonds beitragen müssen.

17.2.3 Leistungsbezogene Mittelverteilung

Die Hochschulen haben ihre Berichtspflichten hinsichtlich der leistungsbezogenen Mittelverteilung im Rahmen der Hochschulverträge 2003 bis 2005 grundsätzlich erfüllt. Gleichwohl sind folgende Punkte zu erwähnen:

- Die Universitäten sind ihrer Berichtspflicht zwar inhaltlich nachgekommen, allerdings nicht termingetreu. Dieser Umstand war Gegenstand von Erörterungen im Rahmen der Vertragsverhandlungen für die Verträge 2006 bis 2009.
- Die Fachhochschulen haben ihre Berichtspflicht auch unter dem Aspekt der Termintreue eingehalten. Um die vertraglich vereinbarte einheitliche Datenbasis unter Transparenz- und Vergleichbarkeitsaspekten gewährleisten zu können, waren punktuelle Korrekturen erforderlich.
- Die künstlerischen Hochschulen haben mit der leistungsorientierten Mittelbemessungsrechnung für den Zuschuss 2005 zum ersten Mal ihre Berichtspflicht erfüllt. Sie bedienen sich dabei der Unterstützung durch HIS GmbH. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass im Rahmen der Rechnung für den Zuschuss 2005 ein vertraglich vereinbarter Parameter (Preise/Wettbewerbserfolge) nicht mit Daten befüllt wurde. Als Grund hierfür wurden Abgrenzungsschwierigkeiten in der Datenlage angeführt. Im Rahmen einer gemeinsamen Abstimmungsrunde mit Vertretern der HIS GmbH und der Kunsthochschulen für die Rechnung 2006 noch im November 2005 wurde die Einhaltung dieses Punktes im Rahmen der leistungsorientierten Rechnung für den Zuschuss 2006 angemahnt. Die Umsetzung wurde von den Kunsthochschulen in enger Abstimmung mit der HIS GmbH gewährleistet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Bereich der leistungsbezogenen Mittelbemessung leichte Schwächen bei der Vertragserfüllung im Vertragszeitraum bestanden. Das war aber auch der Einführungs- und Gewöhnungsphase des neu eingeführten Steuerungsinstrumentes einer formelgebundenen Mittelzuweisung geschuldet. Dieser Aspekt wird auch daran deutlich, dass jeweils in direkten Gesprächen mit den Hochschulvertretern Lösungen für die Zukunft vereinbart werden konnten. Mithin kann die leistungsbezogene Mittelverteilung im Verhältnis Land Hochschule als Erfolg betrachtet werden.

In einer aktuell vorgelegten Untersuchung zur „Leistungsorientierten Budgetierung: Analyse der Umsetzung an ausgewählten Universitäten und Fakultäten/Fachbereichen“² führt die HIS GmbH aus, dass sich der überwiegende Teil der Universitäten bei der Entwicklung und inhaltlichen Ausgestaltung ihrer hochschulinternen Formelmodelle am landesseitig verwendeten Verfahren orientieren. Dies sei in besonders hohem Maße in Berlin, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz der Fall. Damit werden die staatlicherseits gesetzten Anreize auch in die Hochschulen weitergegeben. Mithin kann auch unter diesem Aspekt das Berliner Mittelverteilungsmodell als Erfolg eingeschätzt werden.

17.2.4 Reform des Studienangebots - Lehre - Qualitätssicherung

Für das Thema Studienreform war der Vertragszeitraum 2003 bis 2005 wesentlich durch die Einführung des zweistufigen Systems der Bachelor- und Masterstudiengänge geprägt. Bis zum Beginn des Sommersemesters 2005 wurden an den Berliner Hochschulen 188 Bachelorstudiengänge (ohne 30er und 60er Modulangebote) und 134 Masterstudiengänge (einschließlich weiterbildender Masterstudiengänge) eingerichtet. Damit hat dieser Prozess eine größere Dynamik erlangt, als zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses Mitte 2001 absehbar war. Er war zugleich für verschiedene Vertragsverpflichtungen, wie z.B. die Einführung der Modularisierung, die Straffung der Prüfungsabläufe oder das Qualitätsmanagement, von prägender Bedeutung.

Alle Vertragshochschulen haben gemäß § 11 Abs. 2 gesondert über ihre Anstrengungen berichtet, die Studienzeiten zu verkürzen und der durchschnittlichen Studienzeit in der Bundesrepublik anzugleichen, bzw. diese zu unterbieten. Zu den Maßnahmen zählen vor allem die Verbesserung und Intensivierung der Studienberatung, die Straffung der Prüfungsverläufe oder die Modifizierung von Prüfungsordnungen. Insgesamt kann von einem deutlichen Verbesserungstrend gesprochen werden. So hat z.B. die UdK in 17 von 25 Studiengängen seit 2000 eine Reduzierung der Studienzeit erreicht. Die meisten Studiengänge der TFH unterschreiten sogar den bundesrepublikanischen Durchschnitt um 0,4 Semester. Die FU hat dagegen berichtet, dass ab 2003 die Pflichtberatung zu einem höheren Abschluss älterer Kohorten und damit zur durchschnittlichen Erhöhung der Studienzeiten auf das Niveau des

² Kurz-Information HIS, A 1/2006, Mai 2006

Jahres 2000 geführt hat. Für die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge liegen noch keine validen Zahlen zur Studienzeit vor.

Da die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge wesentlich durch studienbegleitende Prüfungen geprägt sind, kann von einer deutlichen Straffung des Prüfungswesens durch die Umstellung des Studiensystems gesprochen werden. In Bezug auf die Vermittlung des Lehrstoffs erfolgen die Prüfungen wesentlich zeitnäher. Der vertraglich geforderten Reform der Staatsexamensstudiengänge wurde wesentlich dadurch nachgekommen, dass in den eingerichteten polyvalenten Lehramtsstudiengängen die Staatsprüfung in Zukunft entfallen wird.

Der Hochschulvertrag sah in § 12 Abs. 1 vor, dass in einem Zwischenschritt zunächst die meisten Magister- und Diplomstudiengänge modularisiert und mit einem Leistungspunktesystem versehen werden sollten. Wie oben geschildert, entschlossen sich viele Fächer bereits im Jahr 2003, ihre ganze Aufmerksamkeit der vollständigen Umstellung auf die zweistufige Studienstruktur zu richten. Die seitdem eingerichteten Studiengänge sind entsprechend den Vorgaben der KMK vollständig modularisiert und mit dem ECTS-Punktesystem versehen. Die meisten der Diplom- und Magisterstudiengänge wurden für die Zulassung geschlossen und laufen seitdem aus. Hier wurde grundsätzlich eine Modularisierung nicht mehr als sinnvoll angesehen. Dem hat die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur zugestimmt.

Mit der Einführung der gestuften Studiengänge einher ging auch die systematische Verankerung fachübergreifender Inhalte (§ 12 Abs. 5). In der Regel werden von den 180 geforderten Leistungspunkten für ein Bachelorstudium 30 Leistungspunkte als Wahlpflichtbereich für den zusätzlichen Erwerb von Sprachen, Kenntnissen über Unternehmensgründungen oder anderen sozialen Kompetenzen reserviert.

Das vertraglich geforderte Qualitätsmanagement (§14) haben die Hochschulen durch ein gestaffeltes Verfahren von Akkreditierung, externer Evaluation sowie interner Evaluation von Studiengängen oder einzelnen Lehrveranstaltungen realisiert. Dabei kam eine Vielzahl von Methoden und Verfahren zur Anwendung (z.B. Selbstbericht, Online-Lehrveranstaltungsbefragungen). Allerdings können die Hochschulen nicht in

jedem Fall den Nachweis führen, so viele Studiengänge extern evaluiert zu haben, dass davon jeweils 90 Prozent der Studierenden erfasst worden wären. So spricht die Humboldt-Universität davon, seit 1999 87,8 Prozent der Studierenden durch externe Evaluation erfasst zu haben.

Hinsichtlich weiterer vertraglicher Verpflichtungen für die Lehre wie z.B. die Ausweitung fremdsprachlicher Lehrveranstaltungen, die Anwendung von Multimedia-Instrumenten, die Anerkennung und Gleichwertigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen oder die Prämierung guter Lehre lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die Verträge ihre Steuerungsfunktion adäquat erfüllt haben. Wie aus den jeweiligen Jahresberichten hervorgeht, setzen die einzelnen Hochschulen hier jeweils eigene und überzeugende Schwerpunkte.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Hochschulen im Zeitraum 2003 bis 2005 ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Reform des Studienangebots nachgekommen sind.

17.3 Punkte, die in die Hochschulverträge 2006-2009 Eingang gefunden haben

Die Erfahrungen mit der Umsetzung der Hochschulverträge für den Zeitraum 2003 - 2005 haben zu einer entsprechenden Fortführung der Hochschulverträge mit veränderten Schwerpunkten für den Folgezeitraum 2006 bis 2009 geführt. Diese Fortführung bezieht sich, wie auch aus der Präambel der neuen Verträge ersichtlich, auf die Durchführung der Veränderung der Studienstruktur im Rahmen des Bologna-Prozesses, auf die Stärkung der Lehrerbildung, auf die Weiterentwicklung der Kapazitäten nach der veränderten Studienstruktur und auf die Entwicklung von Konzepten für Gender-Mainstreaming, deren Umsetzung sowie Maßnahmen zur Chancengleichheit in der Personalentwicklung.

Im Einzelnen wurde in Fortführung der bisherigen Verträge die Umwandlung der Studienstruktur in Bachelor- und Masterstudiengänge flächendeckend bis 2009 vereinbart. Damit im Zusammenhang ist die Qualitätssicherung der Studiengänge durch Akkreditierung und Entwicklung von dynamischen Benchmarks verbindlich vereinbart worden. Die Fortführung der Studienplatzkapazität wird auf Eingangskapazität in den Bachelorstudiengängen und den konsekutiven Masterstudiengängen umgestellt.

In diesem Zusammenhang legen die neuen Hochschulverträge besonderen Wert auf die Qualitätsverbesserung der Lehramtsstudiengänge auch durch organisatorische Maßnahmen in den Universitäten. Dies erschien nicht zuletzt aufgrund der Umstellung in Bachelor- und Masterstudiengänge zwingend.

Bei der Fortführung des Fachhochschulstrukturfonds wurde neben dem qualitativen Aspekt in der Schaffung neuer Studiengänge auch der quantitative Aspekt der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten im Fachhochschulbereich besonders hervorgehoben.

Die insbesondere durch die Umsetzung der in der leistungsbezogenen Mittelverteilung vereinbarten Qualitätsmaßstäbe durch Vereinbarungen mit den Fachbereichen gemachten guten Erfahrungen führten zu einer vertraglichen Anhebung des Anteils des Zuschusses, der in dieses Verfahren einbezogen wird, auf 30 %. Im Rahmen der Umstellung der Studienstruktur wird das Gewicht auf die Qualität der Lehre durch Anhebung des Anteils auf 50 % zu Lasten der Forschung mit 45 % hervorgehoben.

Da der Abbau des Überhangs in den Universitäten schleppend verlief, wurde mit den neuen Verträgen eine Obergrenze von 50 % für Einstellungen von außerhalb des Hochschulbereichs mit allen Hochschulen vereinbart.

Schließlich ist nicht zuletzt auch aufgrund der Forderungen des Landesbeauftragten für Behinderte und seiner Erfahrungen mit der gewährten Hilfe für behinderte Studierende in den neuen Verträgen das Solidarmodell der Hilfe aus einer Hand vereinbart worden. Die Hochschulen haben einen Vertrag mit dem Studentenwerk über die Durchführung dieser Hilfe und die solidarische Kostentragung vereinbart.

In den alten Verträgen war vereinbart worden, dass ein Betrag von 3 Mio € im Jahr 2006 entsprechend dem Maß der Vertragserfüllung zwischen den Hochschulen aus ihren Budgets verteilt werden sollte. Hierzu war mit den Hochschulen einvernehmlich vereinbart worden, dass angesichts der Budgetreduzierungen für die Jahre 2006 bis 2009 sowie der bereits mit dem Ergänzungsvertrag für die vorangegangene Vertragsperiode erfolgten Budgetreduzierungen eine zusätzliche anteilige Budgetredu-

zierung zur Durchführung eines Belohnungssystems nicht mehr den tatsächlichen Realitäten entsprochen hätte, dies insbesondere auch angesichts der Erhöhung des Budgetanteils für die leistungsbezogene Mittelverteilung auf 30 %.

Die Folgezeit wird in der Vertragserfüllung zeigen, in welchen Bereichen in den Verträgen ab 2010 besondere Schwerpunkte aus den gemachten Erfahrungen zu setzen sein werden.

Anlage - Statistischer Anhang für die Leistungsberichte über 2005

	Anlage (Seite)
• Universitäten (ohne Humanmedizin)	1
• Fachhochschulen	2
• Kunsthochschulen	3

I. Eckdaten für Leistungsbereiche der Universitäten (ohne Medizin) ¹⁾	2.003				2.004				2005 ²⁾			
	gesamt	FU	HU	TU	gesamt	FU	HU	TU	gesamt	FU	HU	TU
1. Finanzausstattung der Hochschulen gem. Hochschulverträgen (in T€)												
konsumtiver Zuschuss	746.204	273.022	205.692	267.490	741.117	273.707	203.662	263.749	740.738	275.081	203.517	262.140
investiver Zuschuss	51.343	17.341	15.339	18.663	51.277	17.341	15.529	18.407	51.610	17.341	15.862	18.407
2. Lehre												
2.1 Ausbildung der Studierenden												
Studierende insgesamt (Stand: WS)	97.529	35.173	31.907	30.449	94.722	33.989	31.079	29.654	91.575	33.933	29.442	28.200
Studierende i.d. RSZ	69.846	24.483	23.674	21.689	67.205	23.463	22.577	21.165	64.797	24.058	20.739	20.000
Studierende i.d.RSZ in Jahrgangsstärke	15.037	5.323	5.072	4.642	14.488	5.230	4.771	4.487	14.140	5.300	4.600	4.240
Absolventen (Ø 2 Jahre)	7.377	2.840	2.410	2.127	7.583	2.981	2.480	2.122	7.774	3.033	2.611	2.130
Absolventen i.d. RSZ+2 (Ø 2 Jahre)	2.886	1.237	1.036	613	3.079	1.308	1.032	739	3.209	1.367	1.102	740
2.2 Internationalität												
Studierende (Bildungsausländer)	10.775	3.329	3.199	4.247	11.767	3.623	3.533	4.611	11.520	3.548	3.322	4.650
Absolventen (Bildungsausländer) Ø 2 Jahre	427	140	89	198	452	134	109	209	475	155	110	210
3. Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses												
3.1 Forschung												
Drittmittelausgaben insgesamt (in T€)	154.176	47.956	37.448	68.772	146.226	45.998	38.226	62.001	153.229	46.085	45.144	62.000
Zahl der Sonderforschungsbereiche (Sprecherhochschule)	18	8	5	5	18	9	6	3	20	8	9	3
3.2 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses												
Promotionen (Ø 2 Jahre)	1.292	565	346	381	1.326	574	354	398	1.390	572	398	420
Promotionen von FHS-Absolventen	13	3	4	7	18	4	5	9	24	4	8	12
Habilitationen (Ø 2 Jahre)	130	60	46	25	124	54	46	24	127	56	43	29
Zahl der eingerichteten Juniorprofessuren	102	49	40	13	105	49	40	16	152	50	84	18
3.3 Internationalität												
Alexander-von-Humboldt-Stipendiaten und -Preisträger	146	54	58	34	157	68	61	28	132	48	57	27
4. Gleichstellung												
Studierende (w)	49.881	20.298	18.176	11.407	48.760	20.060	17.567	11.133	47.375	20.257	16.678	10.440
Absolventen (w) (Ø 2 Jahre)	4.024	1.688	1.506	829	4.209	1.823	1.528	858	4.300	1.849	1.581	870
Promotionen (w)	504	278	120	107	527	285	127	116	546	275	153	118
Professoren (w) (BVZÄ) (ohne Juniorprof.)	147	66	57	24	154	72	55	27	148	71	55	22
Juniorprof. (w) (BVZÄ)	19	3	11	5	22	5	12	5	24	6	13	5
5. Einnahmen aus Weiterbildung												
Einnahmen aus Weiterbildung (in T€)	2.585	926	533	1.126	3.170	1.344	603	1.223	4.006	2.031	611	1.364
6. Verwirklichung des Strukturplans												
6.1 Stellen laut Strukturplan												
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	4.262	1.448	1.329	1.485	4.295	1.441	1.369	1.485	4.042	1.442	1.115	1.485
nichtwissenschaftliches Personal	4.947	1.736	1.487	1.724,5	4.948	1.736	1.488	1.724,5	4.640	1.681	1.235	1.724,5
6.2 von den Stellen lt. Strukturplan strukturplanmäßig besetzte Stellen												
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	3.335	1.243	914	1.178	3.333	1.241	944	1.148	3.167	1.207	862	1.098
nichtwissenschaftliches Personal	4.417	1.676	1.152	1.589,0	4.324	1.573	1.140	1.610,5	4.306	1.556	1.135	1.615,0
6.3 Beschäftigte (BVZÄ)												
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	3.903	1.322	1.329	1.252	3.796	1.318	1.285	1.193	3.720	1.316	1.217	1.187
nichtwissenschaftliches Personal	5.326	1.980	1.586	1.760	5.140	1.865	1.543	1.732	5.005	1.866	1.476	1.663

1) Angaben der Hochschulen gem. Eckdatenraster Leistungsbericht und eigene Berechnungen; Rundungsdifferenzen möglich, BVZÄ = Beschäftigungsvollzeitäquivalente, RSZ = Regelstudienzeit

2) Angaben der Hochschulen für 2005 z.T. vorläufig (Schätzung / Hochrechnung)

I. Eckdaten für Leistungsbereiche der FHS ¹⁾	2003						2004						2005 ²⁾					
	gesamt	ASFH	FHW	FHTW	TFH	FHVR	gesamt	ASFH	FHW	FHTW	TFH	FHVR	gesamt	ASFH	FHW	FHTW	TFH	FHVR
1. Finanzausstattung der Hochschulen gem. Hochschulverträgen (in T€)																		
1.1 Zuschüsse³⁾																		
konsumtiver Zuschuss	115.664	8.605	9.677	37.529	52.160	7.694	123.927	9.107	17.951	37.549	52.101	7.219	129.175	10.121	19.319	38.141	54.181	7.413
investiver Zuschuss	2.404	77	94	1.173	939	121	3.550	77	1.321	1.173	939	40	3.850	77	1.621	1.173	939	40
2. Lehre																		
2.1 Ausbildung der Studierenden																		
Studierende insgesamt (Stand: WS)	23.670	1.288	3.273	8.701	8.642	1.766	25.677	1.310	4.907	9.251	8.892	1.317	26.197	1.489	4.970	9.398	9.086	1.254
Studierende i.d. RSZ	19.885	1.208	2.690	7.089	7.207	1.691	22.218	1.171	4.332	8.069	7.437	1.209	22.693	1.352	4.434	8.238	7.523	1.146
Studierende in Jahrgangsstärke ⁴⁾	5.885	345	815	2.019	2.009	698	6.603	334	1.389	2.108	2.001	772	6.486	386	1.178	1.958	2.293	671
Absolventen (Ø 2 Jahre)	4.148	234	556	1.292	1.389	677	4.527	231	968	1.370	1.248	710	5.024	222	1.053	1.817	1.345	587
Absolventen i.d. RSZ+2 (Ø 2 Jahre)	3.435	206	428	1.162	963	676	4.082	217	848	1.200	1.043	774	4.232	206	961	1.526	1.084	455
2.2 Internationalität																		
Studierende (ausl.)	2.201	40	416	620	1.097	28	2.308	43	478	723	1.019	45	2.457	50	501	766	1.090	50
Absolventen (ausl.) Ø 2 Jahre	302	8	90	68	135	1	300	10	91	77	115	7	211	11	62		128	10
3. Forschung																		
Drittmittelausgaben insgesamt (in T€)	5.845	513	386	1.785	2.942	219	6.386	247	376	1.986	3.409	368	6.918	180	322	2.348	3.706	363
Internationale Kooperationsprojekte	187	30	28	49	70	10	210	32	29	43	98	8	238	34	32	60	99	13
4. Gleichstellung																		
Studierende (w)	9.051	930	1.678	3.113	2.401	929	9.999	940	2.513	3.346	2.428	772	10.603	1.100	2.528	3.700	2.452	823
Absolventen (w) (Ø 2 Jahre)	1.757	174	299	458	416	410	1.909	164	516	505	385	339	2.027	167	528	688	416	228
Professoren (w) (BVZÄ)	108	12,0	14,5	33,7	38,5	9,0	123	14,0	23,1	35,3	40,5	10,3	135	18,0	27,4	36,8	41,5	11,0
5. Einnahmen aus Weiterbildung																		
Einnahmen aus Weiterbildung (in T€)	3.074	130	1.179	411	871	484	3.845	139	1.811	473	933	489	3.879	193	1.860	467	901	458
6. Verwirklichung des Strukturplans																		
6.1 Stellen laut Strukturplan																		
wissenschaftliches Personal	794	47,5	64,5	296,0	330,0	56,0	858	49,5	128,5	296,0	332,0	52,0	877	52,3	135,0	296,0	341,8	52,0
nichtwissenschaftliches Personal	706	49,4	49,4	265,0	297,0	45,3	762	54,6	83,3	263,0	314,0	47,3	760	57,4	83,2	254,0	318,5	47,3
6.2 von den Stellen lt. Strukturplan strukturplanmäßig besetzte Stellen																		
wissenschaftliches Personal	678	33,0	57,1	262,0	273,0	53,0	722	33,6	96,1	259,0	284,5	49,0	722	34,5	105,6	254,0	281,0	47,0
nichtwissenschaftliches Personal	708	48,6	48,5	274,0	291,4	45,3	745	51,3	81,6	265,0	300,0	47,3	749	54,1	83,1	263,0	302,0	47,3
6.3 Beschäftigte (BVZÄ)																		
wissenschaftliches Personal	673	33,0	55,3	257,1	274,8	53,0	719	33,6	102,6	251,6	283,0	47,8	670	34,5	97,5	248,3	243,8	45,8
nichtwissenschaftliches Personal	705	48,6	60,3	267,2	276,7	52,0	736	51,2	97,9	254,7	284,0	48,6	750	54,1	106,7	251,1	288,6	49,6

¹⁾ Angaben der Hochschulen gem. Eckdatenraster Leistungsbericht und eigene Berechnungen; Rundungsdifferenz möglich, BVZÄ = Beschäftigungsvollzeitäquivalente, RSZ = Regelstudienzeit

²⁾ Angaben der Hochschulen für 2005 z.T. vorläufig (Schätzung/Hochrechnung)

³⁾ Zuschüsse FHVR ohne Zuschuss für FM

⁴⁾ zum Teil durch Rückrechnung ermittelt

I. Eckdaten für Leistungsbereiche der KHS ¹⁾	2003					2004					2005 ²⁾				
	gesamt	UdK	KHB	HfM	HfS	gesamt	UdK	KHB	HfM	HfS	gesamt	UdK	KHB	HfM	HfS
1. Finanzausstattung der Hochschulen gem. Hochschulverträgen (in T€)															
1.1 Zuschüsse															
konsumtiver Zuschuss	77.944	56.030	6.202	10.107	5.605	78.490	55.734	6.350	10.633	5.773	79.735	57.075	6.352	10.549	5.759
investiver Zuschuss	1.765	963	43	733	26	1.298	963	100	108	127	1.229	963	43	103	120
2. Lehre															
2.1 Ausbildung der Studierenden															
Studierende insgesamt (Stand: WS) ⁴⁾	5.618	3.985	689	766	178	5.440	3.818	674	775	173	5.281	3.793	684	628	176
Studierende i.d. RSZ	4.573	3.059	593	748	173	4.416	2.931	561	752	172	4.284	2.946	559	605	174
Studierende in Jahrgangsstärke ⁵⁾	1.175	749	166	217	43	1.234	795	185	211	43	1.141	785	149	164	44
Absolventen (Ø 2 Jahre)	915	648	98	125	45	925	653	110	128	35	911	652	107	126	26
Absolventen i.d. RSZ+2 (Ø 2 Jahre)	670	438	81	122	30	693	448	93	124	29	705	468	92	125	20
2.2 Internationalität															
Studierende (ausl.)	1.206	779	103	307	17	1.270	797	103	350	20	1.284	815	123	326	20
Absolventen (ausl.) Ø 3 Jahre	239	128	11	95	5	254	133	16	102	4	221	144	22	52	3
3. Forschung															
Drittmittelausgaben insgesamt (in T€)	4.001	3.738	234		30	4.122	3.769	220		133	2.775	2.595	123		58
Erasmus-, Sokrates- u. sons. Finanzmittel für intern. Zwecke (DAAD) (in T€)	310	264	30	14	3	430	377	40	14		729	682	42	5	
4. Gleichstellung															
Studierende (w)	3.325	2.450	433	349	93	3.272	2.386	428	367	91	3.258	2.418	453	299	88
Absolventen (w) (Ø 2 Jahre)	543	389	69	62	23	567	402	78	67	21	564	414	67	67	17
Professoren (w) (BVZÄ)	77	44	8	15	9	78	44	8	16	10	82	48	9	17	9
5. Einnahmen aus Weiterbildung															
Einnahmen aus Weiterbildung (in T€)	109	109				174	174				169	169			
6. Verwirklichung des Strukturplans															
6.1 Stellen laut Strukturplan															
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	514	316	49	104	45	506	316	45	103	42	503	316	43	101	42
nichtwissenschaftliches Personal	351	245	41	31	34	352	247	40	31	34	350	245	40	31	34
6.2 von den Stellen lt. Strukturplan strukturplanmäßig besetzte Stellen															
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	395	221	43	90	41	386	219	39	90	39	384	224	41	84	36
nichtwissenschaftliches Personal	283	183	38	30	32	268	171	38	29	30	297	199	37	30	31
6.3 Beschäftigte (BVZÄ)															
wissenschaftliches Personal (inkl. Juniorprofs)	492	315	44	90	43	479	309	42	86	42	476	311	43	83	39
nichtwissenschaftliches Personal	339	231	42	32	34	339	235	40	33	31	342	235	42	32	33

¹⁾ Angaben der Hochschulen gem. Eckdatenraster Leistungsbericht und eigene Berechnungen; Rundungsdifferenzen möglich, BVZÄ = Beschäftigungsvollzeitäquivalente, RSZ = Regelstudienzeit

²⁾ Angaben der Hochschulen für 2005 z.T. vorläufig (Schätzung/Hochrechnung)

³⁾ HfM: Versorgungsbezüge LVWA

⁴⁾ HfM: Studierende insgesamt in 2005 incl. JIB

⁵⁾ zum Teil durch Rückrechnung ermittelt